



Landtag von Baden-Württemberg

144. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 11. Februar 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Schluss: 12:51 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	8939	Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos)	8961
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	8939	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	8961
1. a) Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	8962
und Aussprache		Beschluss	8963
b) Mitteilung der Landesregierung vom 10. Februar 2021 – Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Siebte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – Corona-VO) – Drucksache 16/9930	8939	2. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim“ – Drucksache 16/9921	8963
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	8939	Minister Winfried Hermann	8963
Abg. Bernd Gögel AfD	8943	Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE	8964
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	8947	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8965
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8950	Abg. Martin Rivoir SPD	8965
Abg. Andreas Stoch SPD	8954	Abg. Anton Baron AfD	8966
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8958	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	8966
		Beschluss	8966
		3. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/9907	8967
		Beschluss	8967
		Nächste Sitzung	8967

Protokoll

über die 144. Sitzung vom 11. Februar 2021

Beginn: 10:05 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 144. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn Sie etwas ruhiger sein könnten, damit ich nicht so schreien muss. Vielen Dank.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Balzer, Herr Abg. Dörflinger, Herr Abg. Dr. Goll, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Haser, Herr Abg. Kenner, Frau Abg. Krebs, Herr Abg. Pix

(Unruhe)

– es ist einfach zu laut –, Herr Abg. Renkonen, Herr Abg. Dr. Scheffold sowie Herr Abg. Stächele.

Seitens der Regierung hat sich aus dienstlichen Gründen Frau Staatssekretärin Mielich entschuldigt.

Im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 4. Februar 2021 – 36. Datenschutz-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für das Jahr 2020 –, Drucksache 16/9850. Ich schlage vor, diese Mitteilung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

(Anhaltende Unruhe)

Wir haben noch über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die beiden ihm in der 143. Plenarsitzung am 4. Februar 2021 erteilten Ordnungsrufe abzustimmen. Das Schreiben von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vom 11. Februar 2021 liegt Ihnen als Tischvorlage vor.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über diesen Einspruch ohne Beratung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch. Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der Ordnungsrufe fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für nicht begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsrufe ab.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 10. Februar 2021

und Aussprache

b) Mitteilung der Landesregierung vom 10. Februar 2021 – Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Siebte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) – Drucksache 16/9930

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion verständigt.

Zunächst erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir auf die letzten Wochen zurückblicken, gibt es eine gute und wichtige Nachricht: Unsere Maßnahmen wirken. Sie drängen das Virus spürbar zurück,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein!)

besonders bei uns in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Falsch!)

Wir haben die Sieben-Tage-Inzidenz von über 200 auf unter 60 heruntergedrückt, also um zwei Drittel reduziert. Wir haben die Zahl der Coronapatienten in den Krankenhäusern seit Jahresbeginn halbiert, und wir haben die Zahl der Neuinfektionen und Todesfälle der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen im letzten Monat um rund 40 % gesenkt. Das ist auch ein Erfolg unserer Schutzmaßnahmen wie Maskentragen, Testen und der Impfungen, die in diesem Bereich zuerst stattfinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Vor einigen Monaten war Baden-Württemberg eines der Bundesländer mit den höchsten Infektionszahlen, heute ist Baden-Württemberg das Land mit der niedrigsten Inzidenz. Das ist ein großer Erfolg, und das sind ermutigende Zahlen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sie zeigen: Die Maßnahmen wirken, sie retten Leben, sie schützen viele Menschen vor Erkrankungen.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, ist das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger. Sie nehmen sich zurück, um andere zu schützen.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Sie sind vorsichtig und diszipliniert. Dafür möchte ich den Menschen in Baden-Württemberg von ganzem Herzen danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die schlechte Nachricht ist allerdings: Es ist trotzdem noch zu früh,

(Vereinzelt Lachen)

um über weitreichende Lockerungen zu reden. Denn dann würden wir die Fehler der Vergangenheit wiederholen.

(Vereinzelt Oh-Rufe)

Wie Sie wissen, haben wir im letzten November einen „Lockdown light“ beschlossen. Im Rückblick muss man klar sagen, dass das zu halbherzig war. Es wäre besser gewesen, wir hätten früher und konsequenter gehandelt. Daraus sollten wir jetzt unsere Lehren ziehen.

Ich weiß, die sinkenden Zahlen nähren die Hoffnung auf Öffnungen. Wir alle sehnen uns nach mehr Normalität und den gewohnten Freiheiten. Doch dafür gibt es derzeit noch keinen Spielraum – noch nicht.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Noch sind die Betriebe ja nicht kaputt!)

Denn die Rate der Neuinfektionen sinkt nur langsam.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die Gesundheitsämter können erst ab einer Inzidenz von deutlich unter 50

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das wird durch Wiederholung nicht wahrer!)

die Infektionsketten wieder zuverlässig, schnell und konsequent nachverfolgen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Erst wenn die letzte Firma vernichtet ist!)

Vor allem aber beginnen die hoch ansteckenden Mutationen des Virus, sich mehr und mehr auszubreiten. Das erfordert von uns noch mehr Vorsicht.

(Zurufe)

Deshalb dürfen wir jetzt nicht nachlassen. Sonst riskieren wir womöglich noch eine dritte, stärkere Welle,

(Zuruf)

die dann einen erneuten Lockdown erforderlich machen würde,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

mit härteren Maßnahmen, als wir sie heute haben.

(Zurufe, u. a.: Und die vierte Welle kommt dann auch!)

Ein ständiges Wechselspiel zwischen Öffnung und Schließung – wir sehen das bei einigen unserer europäischen Nachbarn wie beispielsweise in Österreich – wollen wir unbedingt vermeiden. Das jedenfalls war das einmütige Bestreben der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten.

(Zuruf)

Noch ein paar Worte zu den mutierten Viren. Dieses Problem hängt derzeit leider wie ein Damoklesschwert über uns; Sie kennen sie unter den Stichworten „Britische Variante“, „Südafrikanische Variante“ und „Brasilianische Variante“. In Großbritannien, Irland und Portugal haben wir gesehen, in welchem rasendem Tempo diese Viren Länder überschwemmen und sie an den Rand einer medizinischen Katastrophe bringen können.

(Zuruf: Oh!)

Auch in Deutschland und Baden-Württemberg wissen wir: Die Mutationen sind bereits da, und sie beginnen, sich auszubreiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir müssen damit rechnen – das ist jedenfalls die Ansage von Experten –, dass sie im März die dominante Variante werden.

(Zuruf: Oh!)

Deshalb müssen wir jetzt alles daransetzen, um deren Ausbreitung zu verlangsamen. Auch das ist nach Aussage von Experten möglich. Dafür müssen wir den Abwärtstrend bei den Infektionen fortsetzen. Deswegen wird der Lockdown verlängert.

(Beifall – Zurufe)

Darüber hinaus tun wir alles, um ein möglichst umfassendes Bild von der Ausbreitung der mutierten Viren zu bekommen und bei deren Auftauchen zu gewährleisten, dass das Containment funktioniert. Deshalb hat die Landesregierung über die Bundesregelungen hinaus beschlossen, jeden positiven Coronatest in unserem Land daraufhin zu untersuchen, welche Virusvariante die Infektion verursacht hat. So bekommen wir ein umfassendes und zeitnahes Bild über die Ausbreitung der Mutanten, können aber auch dort, wo sie auftreten, ganz besonders entschlossen und konsequent das Containment an den betroffenen Gesundheitsämtern durchführen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Hans Peter Stauch AfD: Die gefährlichste Mutation ist hier in Stuttgart!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund haben wir uns bei unserem gestrigen Treffen darauf verständigt, die bisher geltenden Coronamaßnahmen bis zum 7. März zu verlängern. Bis dahin bleiben die bisherigen Maßnahmen und Beschränkungen weiterhin gültig. Die Kontaktbeschränkungen gelten weiter. In öffentlichen Verkehrsmitteln und Geschäften müssen weiter medizinische Masken getragen werden. Arbeitgeber müssen weiter ihren Beschäftigten das Arbeiten im Homeoffice ermöglichen, wo immer das möglich ist.

Alle Geschäfte und Einrichtungen, die derzeit geschlossen sind, bleiben geschlossen. Dabei machen wir eine Ausnahme: Friseure dürfen ab dem 1. März wieder öffnen. Das ist gerade für die Älteren eine wichtige Entscheidung.

(Abg. Anton Baron AfD: Alle! Alle öffnen!)

Einig waren wir uns auch beim Thema „Bildung und Betreuung“, denn die Kleinsten leiden am meisten unter der Pandemie. Kinder brauchen Kinder. Sie kommen schwer damit zu recht, dass sie kaum mehr gleichaltrige Kinder sehen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie ruinieren unsere Kinder!)

Der Distanzunterricht fällt ihnen am schwersten, und auch die Eltern werden von Kinderbetreuung, Homeschooling und Arbeit zermüht. Deshalb sind wir übereingekommen, der Öffnung von Kitas und Grundschulen höchste Priorität einzuräumen. Für weiterführende Schulen und Berufsschulen mit Ausnahme der Abschlussklassen bleibt es vorerst beim Distanzunterricht.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Was soll aus den Kindern werden? Ein Jahr ohne Schule!)

In Baden-Württemberg werden wir, wenn die Infektionszahlen es zulassen, die Grundschulen und Kitas ab dem 22. Februar schrittweise vorsichtig öffnen. Dabei gilt Folgendes:

Erstens: Die Klassen werden für den Präsenzunterricht geteilt. Im Klassenzimmer wird nur die Hälfte einer Klasse unterrichtet. Die Zusammensetzung dieser Gruppen bleibt immer gleich – also konstante Kohorten. Sollte es zu einer Infektion kommen, bleibt diese dadurch begrenzt und nachverfolgbar.

(Zurufe)

Zweitens: Wir gehen schrittweise vor. Nicht alle Klassen und Klassenstufen sind gleichzeitig im Schulhaus. Auch hier reduzieren wir also die Anzahl der Klassenstufen.

(Abg. Hans Peter Stauch AfD: Verbrechen an den Kindern!)

Drittens: Die Lehrkräfte sowie die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas erhalten virenfilternde Masken, und sie erhalten in jeder Woche zwei Antigen-Schnelltests. Dabei bleibt die Präsenzpflcht weiter ausgesetzt. So müssen beispielsweise Kinder, in deren Haushalt vulnerable Personen leben, nicht am Präsenzunterricht teilnehmen. Sie bekommen dann Aufgaben nach Hause, die identisch sind mit denen, die im Präsenzunterricht bearbeitet werden.

Nach vielen Gesprächen mit Wissenschaftlern bin ich der Meinung, dass die Öffnung der Kitas und Schulen für Kinder bis

zehn Jahre aus epidemiologischer Sicht vertretbar ist. Wir gehen hier schrittweise und behutsam vor. Wir können auf diese Weise vielen kleineren Kindern bessere Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

(Beifall)

Mit der Öffnung der Kitas und Grundschulen und danach der Friseure können wir also erste Schritte gehen. Mehr ist im Augenblick leider nicht zu verantworten. Der nächste Öffnungsschritt soll bei einer stabilen Sieben-Tage-Inzidenz von höchstens 35 erfolgen. Auf diesen Stufen sollen der Einzelhandel – mit einer Begrenzung von einem Kunden pro 20 m² –, Museen, Galerien sowie die noch geschlossenen körpernahen Dienstleistungsbetriebe geöffnet werden.

Auch über die Anpassung der Besuchsregeln in Pflegeheimen haben wir uns verständigt, denn sowohl die Bewohner als auch das Personal werden bald zum zweiten Mal geimpft sein. Deshalb haben wir die Gesundheitsministerkonferenz gebeten, möglichst rasch Empfehlungen für angepasste Besuchsregeln vorzulegen, sobald nach der Zweitimpfung genügend Zeit vergangen ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo kommt jetzt die Zahl 35 her?)

Auch die Hilfen für Unternehmen und Selbstständige waren gestern wieder ein herausragend wichtiges Thema bei unseren Beratungen. Uns allen ist bewusst: Die Belastungen für viele Unternehmen und Selbstständige sind gigantisch. Deshalb habe ich gemeinsam mit den anderen Ministerpräsidenten auf eine rasche Auszahlung der Hilfen gedrängt. Der Bund hat uns nun darüber informiert, dass bereits mehr als 5 Milliarden € an November- und Dezemberhilfen ausgezahlt worden sind und dass seit gestern Anträge auf Überbrückungshilfe III gestellt werden können. Die Auszahlung der Überbrückungshilfe beginnt ebenfalls in diesen Tagen, mit großzügigen Abschlagszahlungen, kumuliert über vier Monate bis zu 400 000 €.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Druckerpresse für Geld läuft richtig auf Hochtouren!)

Darüber hinaus bin ich froh, dass der Bund die Hilfen für die Kulturschaffenden um eine weitere Milliarde erhöht hat.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bald kommt die Hyperinflation!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

(Zuruf)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schweickert, Sie können Ihre Zwischenfrage stellen.

(Zurufe)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Wegen der Äußerungen der Kollegen: Man kann ja selbst eine stellen.

(Dr. Erik Schweickert)

Es geht um das, was Sie gerade gesagt haben, um die Überbrückungshilfe. Der Lockdown geht jetzt schon relativ lange. Beim ersten Mal hat sich Ihre Regierung gerühmt, dass der Unternehmerlohn mit 1 180 € pro Monat angesetzt werden kann. In der Vorlage vom Bund und in dem, was Sie jetzt vorgestellt haben, fehlt das jedoch bisher bei der Ü-III-Hilfe. Gibt es in Ihrer Regierung Überlegungen, es so zu machen wie bei der damaligen Soforthilfe, dass Baden-Württemberg zum Thema Unternehmerlohnansatz hier also wieder einen Sonderweg geht?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das beabsichtigen wir erst einmal nicht. Ich denke, jetzt gibt es großzügigere Überbrückungshilfen, als geplant worden ist. Es gab viele Eingaben – so hat es Bundesminister Altmaier noch einmal gesagt – der verschiedenen Branchen, Unternehmen, der Abgeordneten, der Fraktionen, die eingearbeitet werden, und ich glaube, das Entscheidende ist jetzt, dass diese Hilfen auch an die Betriebe kommen. Dann haben wir, denke ich, schon viel erreicht.

Darüber hinaus planen wir seitens des Landes erst mal keine weiteren, zusätzlichen Hilfen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Wortmeldung, einen Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner. Lassen Sie diese Zwischenfrage zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein.

(Zurufe – Unruhe)

Ich habe es schon gesagt: Wir stellen den Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern zwei Mal pro Woche einen kostenlosen Schnelltest zur Verfügung. Wir streben nun an, die Testmöglichkeiten noch auszuweiten; auch darüber wurde gestern gesprochen. Sie wissen: Jetzt stehen auch Schnelltests in Aussicht, die man selbst vornehmen kann. Es wird allerdings noch dauern, bis sie auf dem Markt sind und auch das Handling geklärt wird.

(Beifall)

Darüber gibt es durchaus auch differierende Ansichten. Ich werde deshalb für nächste Woche zu einem Spitzengespräch „Teststrategie“ einladen. Dazu geladen werden neben den betreffenden Ressorts die kommunalen Landesverbände, Teile der Blaulichtfamilie, die zuständigen Bundesbehörden und Experten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat der Verwaltungsgerichtshof am Montag mit Wirkung für den heutigen Tag die seit dem 12. Dezember 2020 geltenden landesweiten nächtlichen Ausgangsbeschränkungen aufgehoben. Er hat dies damit begründet, dass die derzeitigen Infektionszahlen große regionale Unterschiede erkennen ließen. Eine einheitliche nächtliche Ausgangsbeschränkung für das ganze Land ist nach Ansicht des VGH nicht mehr angemessen. Der Verwaltungsgerichtshof ist angesichts der zuletzt weiter gesunkenen Infektionszahlen nun zu dieser Entscheidung gekommen. Noch am 20. Januar hatte er die Ausgangsbeschränkungen in einem Eilverfahren bestätigt.

Das ist also eine Abwägungsfrage in einem dynamischen Geschehen. Ich bin überzeugt, dass die Ausgangsbeschränkungen wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir in Baden-Württemberg mit den stärksten Rückgang der Infektionszahlen haben.

An die Stelle der bisher landesweiten Ausgangsbeschränkungen tritt künftig ein System regionaler nächtlicher Ausgangsbeschränkungen. Nur in Landkreisen, in denen sieben Tage lang der Schwellenwert von 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner überschritten und in denen ein diffuses Geschehen zu verzeichnen ist, dem nicht mit anderen Mitteln beizukommen ist, gilt künftig von 21 Uhr bis 5 Uhr eine Ausgangsbeschränkung. Konkret ausgerufen wird sie durch die zuständigen Behörden vor Ort. Auch die Entscheidung des VGH legt eine solche Entscheidung nahe. Ich bin froh, dass wir mittlerweile in einer Situation sind, in der wir auf ein solches regional differenziertes Vorgehen setzen können. Im Übrigen habe ich am Wochenende genau das mit meinem Chef der Staatskanzlei so besprochen. Wir hätten es also auch ohne den Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs am Montag so gemacht.

(Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

– Das können Sie natürlich glauben oder nicht.

(Zurufe – Vereinzelt Lachen)

– Aber da ich es am Sonntag auch mit dem Kollegen Söder besprochen habe, habe ich –

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:
Dem glauben wir auch nicht alles!)

– Wenn Sie das auch nicht glauben, dann glauben Sie es halt nicht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das sind halt Ungläubige!)

Sehr geehrte Damen und Herren, mir ist bewusst, viele Bürger wünschen sich einen klaren, langfristigen, genau ausgearbeiteten Fahrplan, der vorgibt, ab wann bestimmte Dinge wieder erlaubt sind, der Berechenbarkeit schafft und dem Wunsch nach Öffnung ein klares Datum bietet. Ich verstehe das; denn wir alle wünschen uns eine klare Perspektive. Ein solcher Plan würde allerdings sehr viel mehr versprechen, als er halten kann. Denn es gibt immer wieder Entwicklungen, die niemand vorhersehen kann, die aber die Pandemie entscheidend beeinflussen, so wie jetzt die Mutationen. Dass das Virus ständig mutiert, war allen klar, doch dass das Virus in einer so hohen Geschwindigkeit derart gefährliche Virusvarianten hervorbringen würde, das hat die meisten Experten überrascht, und die Laien natürlich erst recht.

(Zurufe)

Deshalb glaube ich nicht, dass uns derzeit detaillierte und langfristige Stufenpläne mehr Planungssicherheit bringen. Entweder müssten wir sie laufend anpassen – doch dann ist der Zweck verfehlt, und es gibt wieder keine Planungssicherheit –, oder wir müssten neue Erkenntnisse ignorieren. Das wäre allerdings fahrlässig und gefährlich.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Langfristig führen nur Impfungen aus dieser Pandemie. Doch bis genügend Menschen geimpft sind, dauert es noch einige Monate, auch wenn wir ab Ende März nach Aussage der Bundesregierung endlich genug Impfstoff haben werden, um mit voller Kraft impfen zu können. Deshalb bleibt es dabei: Wir müssen weiter auf Sicht fahren.

Sie sehen an den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz, dass wir jetzt nicht nur auf Sicht fahren, sondern den nächsten Schritt deutlich gemacht haben, der gegangen werden kann.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Das ist tatsächlich etwas Neues! Das hat es ein Jahr nicht gegeben!)

Aber im Weiteren noch differenziertere Pläne zu machen, das hat jedenfalls die Mehrheit nicht als sinnvoll erachtet. Deswegen sind wir so verfahren, wie es im Beschluss dargelegt ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weber von der SPD, oben auf der Besuchertribüne, zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Weber, Sie haben das Wort.

Abg. Jonas Weber SPD: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Als Sie über die Ausgangsbeschränkungen gesprochen haben, habe ich mich an die Sitzung des Ständigen Ausschusses Ende Januar erinnert, in der wir den Sozialminister auch danach gefragt hatten. Da hat er noch von einem Meilenstein gesprochen. Also, offensichtlich war der Entwicklungsprozess innerhalb der Landesregierung etwas kurzfristiger, als man es so annehmen kann.

Doch mich treibt etwas anderes um bezüglich einer Information, die mich heute Morgen erreicht hat. Da möchte ich Sie direkt fragen: Als Europäer ist es mir ganz besonders wichtig, dass wir die Grenzen zu Frankreich offen halten. Ich habe gehört, die Länder haben gestern den Auftrag bekommen, sich darüber Gedanken zu machen. Mein Appell und meine Bitte an Sie ist: Sorgen Sie dafür, und helfen Sie mit, dass die Grenze auch offen bleibt und es da nicht zu einer Schließung kommt – auch vor dem Hintergrund der Mutationen.

(Beifall – Zurufe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sagen wir mal so: Das kann ich Ihnen so pauschal nicht zusagen. Wir machen das im Moment zwar so und haben deswegen, um das möglich zu machen, noch einmal eine Teststrategie dafür geordert.

Aber Sie müssen sehen: Eine Lage, wie sie jetzt z. B. in Tirol besteht – davon ist natürlich Bayern stärker betroffen als Baden-Württemberg –, kann im Extremfall auch zu Grenzschließungen führen. Das müssen Sie klar sehen. Gerade die südafrikanische Variante des Virus, die ja noch dramatischer und gefährlicher ist, kann durchaus zu solch extremen Maßnahmen führen.

Ich will Ihnen aber sagen: Wir wollen solche Maßnahmen natürlich vermeiden und tun das bisher auch. An dieser Linie werde ich auch festhalten. Wir sprechen das im Übrigen auch immer mit der Kollegin Malu Dreyer und dem Kollegen Tobias Hans ab, damit wir da gegenüber der Region Grand Est einheitlich verfahren.

(Abg. Anton Baron AfD: Seien Sie so mutig, eigene Entscheidungen zu treffen!)

Zu Ihrer ersten Anmerkung: Meiner Ansicht nach war die Ausgangsbeschränkung, die wir für die Nacht verhängt hatten, ein Meilenstein. Denn wir wussten, dass viel Infektionsgeschehen im privaten Raum stattfindet,

(Zuruf)

vor allem auch bei Alterskohorten zwischen 20 und 40. Dieses Geschehen haben wir durch die Ausgangsbeschränkung erfolgreich eindämmen können. Das ist eindeutig und höchst plausibel und stellt meiner Ansicht nach einen der Gründe für den Erfolg in Bayern und in Baden-Württemberg dar. Bayern steht natürlich vor dem Problem, dass dort über Tschechien sehr große Einträge erfolgen, sodass in Bayern die Zahlen im betreffenden Grenzgebiet langsamer heruntergehen.

Deswegen, meine Damen und Herren, müssen wir weiter auf Sicht fahren. Und ich muss die Bürgerinnen und Bürger nochmals um Geduld und Disziplin bitten, auch wenn viele diese Appelle sicher nicht mehr hören können. Aber gegen die alte wie die neue Virusvariante hilft nur eines: runter mit den Infektionszahlen. Das schaffen wir nur, wenn wir die Kontakte auf das Allernötigste beschränken.

Das Gute ist aber – das sehen wir –: Diese Geduld zahlt sich aus. Wir sehen doch gerade, was wir gemeinsam bewirken können: Die Kurve fällt, weniger Menschen erkranken, weniger Menschen sterben. Diese Aussicht sollte uns allen ein Ansporn sein.

Vielen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: In der Aussprache erteile ich nach § 83 Absatz 3 der Geschäftsordnung Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel für die AfD das Wort.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war wieder so weit: Die MPK hat zu Corona getagt. Zunächst einmal für alle ein aktueller Stand – von 8:19 Uhr heute Morgen – aus dem Intensivregister der Krankenhäuser: Aktuell sind von 2 450 regulären Intensivbetten und 1 312 Reservebetten 183 Betten mit Coronapatienten belegt.

(Zuruf: Gut so!)

So viel nur einmal als aktuelle Zahl von 8:19 Uhr heute Morgen.

(Zurufe)

Was macht der Ministerpräsident, was macht die Kanzlerin? Sie verbreiten nach wie vor Angst und Panik.

(Zuruf: Genau!)

(Bernd Gögel)

Wir, die AfD-Fraktion, haben von Anfang an –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

auch insgesamt in Deutschland – vor dieser Angst- und Panikmache gewarnt und haben sie abgelehnt. Wir wurden als „Covidioten“ und als „Coronaleugner“ bezeichnet. Vor einigen Tagen haben wir für die Richtigkeit unserer Vorwürfe aber doch eine Bestätigung bekommen. Ein Beschlussdokument des Bundesinnenministeriums aus dem vergangenen Jahr wurde der Presse zugespielt.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Als ob es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Ihre Coronapolitik größtenteils aus Panik- und Angstmacherei besteht, wurde in den letzten Tagen ein sogenanntes „Seehofers geheimes Beschlussdokument“ an die Öffentlichkeit gebracht.

(Zuruf)

Im März letzten Jahres erstellte das Bundesinnenministerium ein internes Dokument mit dem Titel „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“. An diesem Dokument arbeiteten externe Wissenschaftler aus unterschiedlichen Bereichen, u. a. den Bereichen Gesundheitswesen, Krisenmanagement, Verwaltung und Wirtschaft. Die Autoren beschäftigten sich auch mit der – ganz wesentlichen – Frage der Kommunikationsstrategie,

(Abg. Anton Baron AfD: Das macht doch der Kretschmann auch!)

beispielsweise mit den Fragen: „Wie vermittele ich den Menschen den Ernst der Lage?“ oder: „Wie bewege ich sie zum Mitmachen, wenn es um Ausgangsbeschränkungen geht, um Restaurantschließungen und um Homeoffice?“

(Zuruf: Das ist doch auch richtig!)

Dieses bestellte Gutachten stellte die dramatischen Gefahren dar, die durch das Coronavirus entstehen, um eine härtere, politisch motivierte Vorgehensweise zu legitimieren. Meine Damen und Herren, die Wissenschaft darf nicht zur Marionette der Politik werden.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Wissenschaftler werden gekauft!)

Was wir brauchen, ist ein Austausch zwischen Politik und Fachexperten. Dabei dürfen jedoch niemals die Rollen vertauscht werden; denn es ist die Aufgabe der Wissenschaft, die Ergebnisse und wissenschaftlichen Erkenntnisse zu liefern, und es ist die Aufgabe der Politik, anhand dieser Grundlagen und Fakten eine Entscheidung zu treffen.

Es darf nicht sein, dass die Regierung die wissenschaftlichen Befunde bestellt, um das eigene Handeln zu rechtfertigen. Diese Vorgehensweise schadet nicht nur dem Ansehen einer unabhängigen Wissenschaft, sondern auch einer erfolgreichen Bekämpfung der Pandemie und zerstört den letzten Rest von Vertrauen in die Politik.

(Beifall)

Dieses Gutachten war im Prinzip auch der Auslöser für das Wording, das Sie benutzen und das wir aktuell auch heute Morgen und gestern wieder gehört haben. Die Meldungen lauten bei einer Inzidenz von unter 100: „Experten warnen vor Lockerungen“, bei einer Inzidenz von unter 50: „Für eine Entwarnung ist es noch zu früh“, bei einer Inzidenz von unter 25: „Der Trend ist nicht stabil“, bei einer Inzidenz unter 5: „Das Virus ist noch unter uns“, bei einer Inzidenz von Null: „Wir dürfen das Erreichte nicht gefährden.“

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das ist Ihre Angst- und Panikpolitik, die Sie verbreiten. Im Kanzleramt wurde bereits im Herbst, im Oktober, festgelegt, dass der Lockdown bis zum Sommer, vielleicht sogar bis zum Ende des Sommers andauern wird. Ich glaube allmählich, dass die Kanzlerin dieses Spiel bis zum 21. September durchziehen wird. Da erwarte ich Ehrlichkeit, dass Sie den Menschen da draußen das auch tatsächlich mitteilen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn schon einzelne Mitglieder aus Akademien der namhaften Leopoldina austreten – wie der Tübinger Professor Thomas Aigner, weil er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren konnte, ein Teil dieser Art von Wissenschaft zu sein –, dann ist das ein Alarmsignal.

Ein anderes Leopoldina-Mitglied, Professor Dr. Michael Esfeld, stellte in einem Protestschreiben fest – ich zitiere –:

Es gibt in Bezug auf den Umgang mit der Ausbreitung des Coronavirus keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, die bestimmte politische Handlungsempfehlungen wie die eines Lockdowns rechtfertigen.

(Beifall – Zuruf: Richtig!)

Esfeld hat mit seiner Aussage völlig recht, dass höchst umstritten ist, ob der Nutzen scharfer politischer Maßnahmen wie eines Lockdowns die dadurch verursachten Schäden aufwiegen kann.

Zur Würde des Menschen haben wir gestern auch etwas vom Ministerpräsidenten von Bayern gehört, der den Gang zum Friseur als Teil der Würde des Menschen – Artikel 1 des Grundgesetzes – bezeichnete. Wir, die AfD, sagen: Zur Würde des Menschen gehört die Freiheit – vor allem, selbst entscheiden zu dürfen, welche Risiken man in Kauf nehmen möchte und welche nicht.

(Beifall)

Auch die Landesregierung missbraucht offensichtlich die Wissenschaft und benutzt diese als Mittel zum Zweck, ohne zu erkennen, dass sie dabei großen Schaden anrichtet.

Wir bleiben bei unserer Position: Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung, meine Damen und Herren.

Dass Ihre verfassungswidrige Ordnungspolitik, Herr Kretschmann, vor Gerichten keinen Bestand hat, haben wir an diesem Montag wieder einmal erlebt. Am vergangenen Montag hat der Verwaltungsgerichtshof Mannheim die nächtliche Ausgangssper-

(Bernd Gögel)

re, die die Landesregierung für ganz Baden-Württemberg verhängt hatte, aufgehoben.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Auch die Maskenpflicht!)

Wir, die AfD-Fraktion, haben diese Entscheidung begrüßt. Das hätte ja fast bedeutet, dass die Bürger in unserem Land ab heute Abend ein Stückchen mehr Freiheit bekommen könnten. Den Eindruck hatten wir zumindest. Aber wir haben nicht mit der Lockdown-Entscheidungheit des Ministerpräsidenten gerechnet. Herr Kretschmann bereut den „Lockdown light“ vom November und bedauert, dass er mit den Einschränkungen nicht weit genug gegangen ist. Laut Herrn Kretschmann sind Lockerungen erst möglich, wenn die Anzahl von Neuinfektionen auf deutlich unter 50 pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen sinkt. – Zu diesem Wording habe ich ja schon einiges ausgeführt.

Er sagte neulich – ich zitiere –:

Erst, wenn wir deutlich unter eine Inzidenz von 50 kommen – am besten auf die Hälfte davon –, können wir gewährleisten, dass wir wieder alles im Griff haben.

Da möchte ich mal hinterherschicken: Diese Landesregierung und die Bundesregierung haben in der Pandemie noch gar nichts im Griff gehabt, meine Damen und Herren – aber auch gar nichts!

(Beifall)

Der Ministerpräsident erklärte ernsthaft, er hätte die allgemeinen Ausgangsbeschränkungen sowieso morgen aufgehoben.

(Zurufe – Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Das habe er so mit anderen Ministerpräsidenten vorbesprochen. Er sagte am vergangenen Dienstag während der Landespressekonferenz – ich zitiere –:

Das Gericht war da zwei Tage schneller.

Herr Kretschmann, Sie widersprechen sich selbst. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs hat Ihnen, Herr Kretschmann, sicherlich nicht so gut gefallen. Das Gericht hat die nächtliche Ausgangsbeschränkung von 20 Uhr bis 5 Uhr morgens aufgehoben, und Sie haben neue Uhrzeiten für Ausgangssperren angekündigt: Wenn die Inzidenzzahl über 50 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner beträgt, dürfen die Bürger unseres Landes künftig ab 21 Uhr nicht mehr aus dem Haus.

Es stellt sich natürlich nun die Frage: Ab wann gilt diese neue Verordnung? Gilt sie ab heute, oder gilt sie ab Montag? Das wäre noch eine Frage, die es zu beantworten gilt. Wenn sie nämlich erst ab Montag gelten würde, dann könnten Ihre Partysesellschaften auf dem Schlossplatz in Stuttgart vier Tage Fasching feiern.

(Beifall – Zurufe)

Meine Damen und Herren, die Bürger unseres Landes leiden, die Wirtschaft leidet, kleine Unternehmen und Amateursportvereine leiden an den Folgen des Lockdowns.

Wissen Sie im Übrigen, wer nicht leidet? Unsere Profisportler. Während die Stuttgarter Amateursportvereine – übrigens

nicht nur die Stuttgarter Amateursportvereine, sondern alle Amateursportvereine in Baden-Württemberg – nach finanzieller Hilfe und Entschädigung rufen, weil ihnen das Geld ausgeht, erhält der VfB Stuttgart stolze 25 Millionen € von der KfW-Bank.

Während die Bürger unseres Landes in ihren vier Wänden eingesperrt bleiben und die Unternehmer ihre Geschäfte geschlossen halten müssen, reisen die Profisportler um die Welt. Aktuell verdient der FC Bayern München sein Geld in Katar und die Tennisprofis bei den Australian Open in Australien. Das ist eine herrliche Gerechtigkeit, die neue Gerechtigkeit in unserem Land, meine Damen und Herren.

Derzeit haben vier von zehn Modehändlern Liquiditätspässe. Darüber berichtet der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag. Der Vizechef der IHK Region Stuttgart sagte – ich zitiere –:

Den zahlreichen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals.

Der Chefsvolkswirt der LBBW kritisiert die Landesregierung, weil der Staat die kleinen Händler im Stich gelassen hat. Laut LBBW-Forschung können im Land mehr als ein Drittel der 150 000 Jobs im Innenstadthandel verloren gehen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Einzelhandelsläden in Innenstädten noch über weitere Wochen geschlossen halten, werden Sie die Innenstädte in Zukunft nicht mehr erkennen. Sie werden dort Sushibars haben, Sie werden Schnellimbisse haben, Sie werden Billigfriseurläden haben, in denen alles ganz schnell gehen muss. Aber den Einzelhandel, den wir Bürger aus der Vergangenheit kennen und durch den wir tatsächlich ein Einkaufserlebnis hatten, wird es nicht mehr geben. Das müssen Sie überlegen, und Sie müssen hier eigentlich sofort handeln und dürfen nicht weiter verzögern – bis in den April hinein, bis nach Ostern, oder eventuell sogar bis Mitte April. Zu diesem Zeitpunkt beginnt das islamische Fest Ramadan,

(Vereinzelt Heiterkeit)

und es wäre fatal, wenn Öffnungstermine mit diesem großen religiösen Fest der Moslems zusammenfielen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a.: Fürsorge! – Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Meine Damen und Herren, der zwischen vier und zwölf Wochen dauernde Bearbeitungsweg von der Antragstellung bis zur Auszahlung der Hilfgelder für die Monate November und Dezember ist so nicht hinnehmbar.

(Beifall)

Das Ausfüllen des 20 Seiten umfassenden Antrags ist ohne Hilfestellung durch einen erfahrenen Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater kaum möglich. Deren Dienstleistungen sind kostspielig. Dies alles verunsichert die kleinen Unternehmer zusätzlich, die seit Monaten auf ihren leeren Geldbeuteln im Dauer-Lockdown sitzen, hoffend, dass sich dies bald ändern wird. Diese Hoffnung haben sie seit Monaten; Sie haben diese Hoffnung heute erneut genährt – allein, es fehlt uns der Glaube, dass hier in diesem Land irgendetwas tatsächlich unbürokratisch und schnell funktionieren kann.

(Bernd Gögel)

Wann also erhalten diese Unternehmen ihre Entschädigungen? – Dieser Begriff wird von Ihnen nie benutzt; wir hingegen benutzen ihn ständig. Es geht nämlich nicht um Hilfen, es geht um Entschädigung.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Da hatte unser Gutachten doch recht!)

Apropos bürokratische Hürden: Bald werden die Bürger unseres Landes die Einkommensteuererklärung für das Jahr 2020 abgeben. Sie wissen bis heute noch nicht, ob sie die Mund-Nasen-Bedeckung, deren Tragen ja verpflichtend ist, auch steuerlich absetzen können. Durch die Maskenpflicht kommt bei einer Familie schnell eine dreistellige Summe pro Monat zusammen. Man darf aber die Bürger, die ja verpflichtet wurden, solche Masken käuflich zu erwerben, jetzt nicht auf den horrenden Kosten sitzen lassen.

(Zurufe)

Dies gilt insbesondere deshalb, weil diese Masken zum Schutz der Mitmenschen beitragen; wer sie trägt, befolgt also die Forderungen der Landesregierung. Aktuell können nur sogenannte medizinische Hilfsmittel von der Steuer abgesetzt werden. Wenn diese medizinischen Hilfsmittel einen nachweisbaren therapeutischen Nutzen haben, dann können die Kosten hierfür zudem in der Regel von der Krankenkasse übernommen werden. Ob dies jedoch auch die Gesichtsschutzmasken betrifft, ist bis heute noch immer unklar. Oder sollten Masken als Werbungskosten abgerechnet werden? Sie werden ja auch beruflich getragen. Auch das bleibt heute Morgen unklar.

Wenn aber die Gesichtsmaske regelmäßig ausgetauscht werden soll, dann stellt dies für die Familien einen finanziellen Mehraufwand dar. Daher müssen diese Kosten aus Sicht der AfD steuerlich abgesetzt werden können. Wir fordern die Finanzministerin auf, sich dazu zu positionieren und den Bürgern darauf eine Antwort zu geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat mit ihrem Plan A – sofern man überhaupt von einem Plan sprechen kann –, das heißt, der Untersagung von sozialen Kontakten, auf die Null gesetzt. Gleichzeitig hat sie die Grenzen offen gelassen und hat den Flugverkehr nicht eingestellt. Auch Bahnhöfe sind für den internationalen Verkehr weiterhin in Betrieb. Dafür hat sie aber das wirtschaftliche und soziale Leben der Bürger in unserem Land enorm eingeschränkt, die Grundrechte beschnitten und die Freiheiten entzogen.

(Zuruf: Demokraten!)

Den Wunsch von Gesundheitsminister Spahn kennen wir seit verganginem Sonntag; in der Talkshow „Anne Will“ schwärmte Herr Spahn von einer „fast magischen Sieben-Tage-Inzidenzzahl von 10“. Welchen Wunsch hat der Ministerpräsident? Er hat sich hierzu heute nicht ganz genau festgelegt.

(Abg. Anton Baron AfD: Willkürliche Zahlen!)

Zu dem Wording bezüglich der Inzidenzzahlen habe ich zu Beginn meiner Rede etwas ausgeführt.

Das Ziel der Politik der undemokratisch motivierten, von der Gefährlichkeit von CO₂ überzeugten Ideologen, der Klimahysteriker,

(Oh-Rufe)

ist es, die CO₂-Emissionen bis 2050 ebenfalls auf null zu senken. Das Ergebnis: Fahrverbote, Ende des Verbrennungsmotors, Verlust der Arbeitsplätze – wirtschaftlicher Totalschaden, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Intellektueller Totalschaden!)

Die Corona-Angst- und -Panikmache ist dazu da, um die Coronavirus-Inzidenzzahlen auf null zu senken. Das Ergebnis: Ausgangssperren, Berufsverbote, soziale Kontaktverbote, Versammlungsverbote – wirtschaftlicher Totalschaden, meine Damen und Herren.

Die Null-Strategien – früher hätte ich gesagt: der links-grünen Ideologen; heute muss man ja in Teilen die FDP und zu einem großen Teil die CDU mit einbeziehen – führen ins Nirwana. Beide – beide! – werden so nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

(Zurufe, u. a.: „Nirvana“ war eine Band!)

Wir, die AfD, hatten von Anfang an eine klare Position.

(Vereinzelt Lachen)

An unserer Grundhaltung hat sich nichts geändert und wird sich auch nichts ändern.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Am Anfang haben Sie gefordert, Virusüberträger einzusperren!)

Wir fordern die Landesregierung auf: Beenden Sie den Lockdown;

(Zurufe)

öffnen Sie die Schulen und Kitas, den Einzelhandel, Hotels, kulturelle Einrichtungen, Sportvereine, sofern diese die Einhaltung der Hygienevorschriften gewährleisten können.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

Beheben Sie das Demokratiedefizit; schützen Sie die Risikogruppen – aber wirkungsvoll –; setzen Sie auf freiwillige Impfentscheidungen.

Zu Ihrer Impfphilosophie: Ich erinnere mich noch an Ihren Ausruf: „Dann wird durchgeimpft, und dann ist Schluss mit diesem Virus!“

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Die Mutationen hat er nicht auf dem Schirm gehabt!)

Die Fehlerkette von Stuttgart über Berlin bis nach Brüssel hat in dieser Impfstrategie einen sechsmonatigen Verzug gebracht – mindestens sechs Monate Verzug –, weil eine Kommissionspräsidentin nicht in der Lage ist, einen einfachen kaufmännischen Vertrag zu unterschreiben.

(Bernd Gögel)

Ich illustriere das zum Vergleich am folgenden Beispiel: Es kommt ein Arbeitnehmer zu Ihnen, der sagt: „Ich habe gar kein Gehalt bekommen. In meinem Vertrag steht doch, dass ich 3 000 € Gehalt bekomme.“ Dann sage ich: „Du musst deinen Vertrag mal lesen. Da steht: ‚Wenn es mir möglich ist‘. Aber diesen Monat ist es mir nicht möglich, dieses Gehalt zu bezahlen.“

Solche Verträge unterschreibt eine Kommissionspräsidentin in Brüssel. Alle hätten hier wirklich den Rücktritt dieser Dame fordern müssen. Sie kann nicht weiter in politischen Ämtern Verantwortung tragen.

(Beifall – Zurufe)

Die Freiwilligkeit der Impfentscheidung ist ein ganz wesentlicher Bestandteil. Sie darf nicht infrage gestellt werden – auch nicht durch Aussagen der Kanzlerin wie: „Die Menschen, die sich nicht impfen lassen, werden wohl auch noch weiterhin auf ihre Freiheitsrechte verzichten müssen.“

(Zurufe, u. a.: Eine Unverschämtheit!)

Eine absolute Unverschämtheit, eine Ohrfeige für jeden Bürger in diesem Land.

(Abg. Anton Baron AfD: Für jeden Demokraten!)

Wir, die AfD, setzten von Anfang an und setzen auch in Zukunft immer auf das Prinzip „Selbstbestimmung vor Fremdbestimmung“, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Sehr gut! Das wäre der richtige Ministerpräsident!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns Grüne steht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin im Vordergrund. Die Gesundheit der Bevölkerung genießt für uns oberste Priorität.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Was ist mit der psychischen Gesundheit?)

– Weil hier wieder dazwischen gerufen wird: Ihr Fraktionsvorsitzender hat hier wieder einmal eine sehr widersprüchliche Rede gehalten. Aber es zieht sich wie ein roter Faden durch die AfD-Reden: Die AfD verharmlost das Virus.

(Zurufe, u. a.: Nein! – Überhaupt nicht wahr!)

Bei Ihnen habe ich immer wieder den Eindruck: Sie haben Interesse an höchstmöglichen Infektionszahlen,

(Widerspruch)

Sie verharmlosen diese Pandemie.

(Zurufe – Unruhe)

Zum Glück haben Sie keine Verantwortung in Baden-Württemberg und in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind ein Panikmacher!)

Schutz der Gesundheit heißt in dieser aktuellen Situation, den Präventionsgedanken nach vorn zu stellen. Ja, die Fallzahlen gehen zurück. Wir sind auf dem richtigen Weg. Gemeinsam haben wir das geschafft. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Deswegen ist die Verlängerung der Maßnahmen bis in den März hinein die richtige Entscheidung.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Welches Jahr? – Weitere Zurufe, u. a.: Ja, ja! – Genau!)

Ich vergleiche das gern mit einer Diät.

(Zurufe, u. a.: Bis im Herbst! – Eine Nulldiät!)

Da ist es so: Das Wunschgewicht ist in greifbarer Nähe. Also spricht nichts dagegen, sofort wieder zu Schokolade, Limonade, einem Braten, Bier oder Wein zu greifen. Aber dann sind wir beim Jo-Jo-Effekt, meine Damen und Herren.

(Zuruf)

Diesen gilt es zu vermeiden. Denn für die Pandemie heißt der Jo-Jo-Effekt – das ist dann doch wieder eine sehr ernste Angelegenheit –, dass weitere Menschenleben gefährdet werden. Deswegen ist es richtig, bei den Maßnahmen zu bleiben. Deswegen ist es richtig, Kontakte zu vermeiden und weiterhin solidarisch zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Gemeinsam sind wir stärker als das Virus. Dabei ist uns bewusst, wie stark viele Menschen von dieser Krise betroffen sind. Die Maßnahmen, die aufgrund des Gesundheitsschutzes notwendig sind,

(Zuruf)

haben für viele Bürgerinnen und Bürger drastische Folgen. Wir sehen diese, wir kennen sie. Unternehmerinnen und Unternehmer stehen genauso wie Selbstständige in vielen Branchen vor schwierigen Problemen. Die Kontaktbeschränkungen treffen alleinstehende, allein lebende Personen besonders. Kinder müssen auf den so wichtigen Austausch mit Gleichaltrigen verzichten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist Ihnen doch alles egal!)

Das wissen wir. Umso stärker ist das Signal all derer, die die Maßnahmen trotzdem mittragen. Ganz klar gilt: Wir lassen niemanden mit den Sorgen allein. Mit Mut, Entschlossenheit und Tatkraft schaffen wir es, das Virus zurückzuweisen.

(Beifall – Zurufe)

Ich sage nochmals ganz deutlich: Wir stehen dem Virus nicht hilflos gegenüber. Unsere Anstrengungen sind nicht umsonst. Im vergangenen Jahr haben wir vieles erreicht. Im Bereich der Wissenschaft denke ich an den Impfstoff, der in Rekordzeit entwickelt wurde. Ein Tübinger Unternehmen ist jetzt mit einem großen Konzern zusammengegangen. Da werden wir im Sommer dieses Jahres noch mehr Impfstoff haben.

(Andreas Schwarz)

Ja, wir werben für das Impfen. Das ist genau das Richtige, damit sich die Menschen gegen dieses Virus schützen. Das ist unsere Antwort.

(Zuruf)

Sie betreiben Populismus, und wir sind hier mit Fakten unterwegs, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe)

Auch das, was die Gesellschaft – –

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Unruhe)

– Jetzt halten Sie hier drüben mal die Klappe!

(Zurufe, u. a.: So nicht! – Nein! – Entschuldigung!)

– Jetzt seien Sie mal still!

(Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren!

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Meine Damen und Herren, auch die Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger haben in diesem Land vieles geleistet. Gemeinschaft und Solidarität wurden ausprobiert, wurden gelebt. Das lässt mich positiv in die Zukunft schauen. Denn Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir werden die Krise eines Tages hinter uns lassen. Dieses Ziel sollten wir nie aus den Augen verlieren.

Aber momentan sind noch zu viele Landkreise auf der Karte des Robert Koch-Instituts orange gefärbt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir müssen dauerhaft verhindern, dass die Kreise, die jetzt bei niedrigen Inzidenzen sind, wieder orange werden. Denn wir wollen, dass sich weniger Menschen infizieren, dass weniger Menschen krank werden. Deswegen steht die Gesundheit bei uns an erster Stelle. Deswegen orientieren wir uns an der Vorsorge und an der Wissenschaft.

(Beifall – Zurufe)

Sie können diese Fakten gern anbrüllen, wie Sie es jetzt auch die ganze Zeit machen.

(Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Aber dadurch ändert sich nichts. Denn epidemiologisch relevant sind in dieser Pandemie drei Maße: die Fallzahlen, die daraus abgeleiteten Inzidenzen und der R-Wert, der quasi die Veränderung der Fallzahlen beschreibt. Ein R-Wert nahe 1 beschreibt eine gleichbleibende Infektionslage. 100 Menschen stecken ungefähr weitere 100 Menschen an.

(Zuruf)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das mal als Seitwärtsbewegung beschrieben.

(Abg. Anton Baron AfD: Entscheidend sind doch die Intensivbetten!)

Ein R-Wert über 1 führt aber in das Reich exponentiellen Wachstums.

(Zuruf: Woher wissen Sie das?)

Sie kennen das aus dem Beispiel des Seerosenteichs,

(Vereinzelt Lachen)

der nach und nach zuwächst.

(Zuruf)

Am Anfang sind es eine, dann zwei, dann vier Seerosen, und über Nacht ist der gesamte See dann mit Seerosen bedeckt. Das ist der Punkt, an dem es schwierig wird. Denn exponentielles Wachstum – manche, wie hier auf der rechten Seite, verstehen das ja nicht – passt eben nicht in eine Welt, die ansonsten auf lineare Zusammenhänge ausgerichtet ist. Aber wir müssen uns immer wieder vor Augen führen: Unser klares Ziel muss es sein, einen erneuten exponentiellen Anstieg der Fallzahlen auf jeden Fall zu vermeiden.

(Beifall)

Denn dieses exponentielle Wachstum, dieser exponentielle Anstieg kann sehr schnell von scheinbar langsamen Entwicklungen zu dramatischen Sprüngen führen. Dann werden mehr Menschen krank, dann infizieren sich noch mehr Menschen, dann gerät das Gesundheitssystem ins Schlingern und die Lage außer Kontrolle.

Deswegen muss es das gemeinsame Ziel sein, den R-Wert auf jeden Fall unter 1 zu halten. Je deutlicher unter 1, desto schneller ist der Spuk mit Corona vorbei; denn auch der Rückgang der Fallzahlen erfolgt dann in einer Exponentialfunktion. Mit einem R-Wert von 0,9 sind wir auf dem Weg, die Inzidenzen zu senken. Besser wäre ein Wert von 0,7 oder 0,5. Deswegen ist es klares Ziel meiner Fraktion, den R-Wert deutlich herunterzudrücken und das Virus in seine Schranken zu weisen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein. – Jetzt kommt aber etwas dazu, wovor Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warnen:

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr schwach!)

die neuen Mutanten – insbesondere die britische Variante –, die deutlich ansteckender sind als die bisherigen Formen des Virus. Denn die haben zur Folge, meine Damen und Herren, dass auf diesen R-Wert nochmals etwas draufgeschlagen wird. Wenn wir gerade bei 0,8 oder 0,9 waren, dann kommen wir schnell in einen Bereich von 1 oder über 1, sobald diese Mutante dominiert. Das heißt, wir kommen mit dieser Mutante sehr schnell in den Bereich des hohen exponentiellen Wachstums. Das ist gefährlich, und das müssen wir abwenden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen sind die gestern beschlossenen Maßnahmen richtig.

(Beifall)

(Andreas Schwarz)

In unserem Instrumentenkoffer haben wir nur wenige, aber gezielte Instrumente, um gegen das Virus vorzugehen. Das eine ist das Impfen. Ich bin froh, dass das angelaufen ist. Das wird auch besser, und wenn ab März der Impfstoff in noch größerer Stückzahl verfügbar ist, sind wir in Baden-Württemberg darauf vorbereitet.

Das zweite Instrument ist die Vermeidung von Kontakten. Da ist auch jeder aufgerufen, seinen Beitrag weiter zu leisten. Ich finde, die Bevölkerung in Baden-Württemberg macht da gut mit. Da habe ich großen Respekt und sage vielen Dank an die Leute für das Durchhalten.

(Beifall)

Das dritte Instrument können Tests sein. PCR-Tests oder auch Schnelltests geben sehr rasch ein Bild von der aktuellen Lage. Schnelltests haben den entscheidenden Vorteil, dass sie dazu beitragen können, ansonsten unbemerkte Infektionen aufzudecken. Ich halte es daher für sinnvoll, Herr Ministerpräsident, den besagten runden Tisch oder das Spitzengespräch zu den Schnelltests einzuberufen, um gemeinsam zu klären, wie in Alten- und Pflegeheimen, in Schulen und Kindergärten, aber auch in Betrieben und in Firmen und im Alltag mit Schnelltests das Virus eingedämmt werden kann. Dieser runde Tisch zu den Schnelltests ist eine gute Möglichkeit, alle Beteiligten zusammenzubringen und ein abgestimmtes Vorgehen zu entwickeln. Wir unterstützen dieses Ziel, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelt Beifall)

Zudem ist es wichtig, alle Fälle auf die neue Mutante hin zu scannen. Ich habe ja dargestellt, warum uns gerade diese Mutation große Sorgen bereitet. Daher ist es wichtig, hier eine gute Datengrundlage zu haben, damit wir wissen, was unter der Oberfläche lauert. Daher begrüßen wir es, dass jetzt alle positiven Tests auf diese Mutation hin untersucht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt fast ein Jahr her, seitdem diese Krise uns das erste Mal beschäftigt hat. In diesem Jahr ist von der Opposition, Herr Kollege Stoch, Herr Kollege Rülke, auch immer wieder auf die Landesregierung gezeigt worden, weil Sie meinten, es besser zu wissen. Eine weltweite Krise, ein zu Beginn komplett unbekanntes Virus: Das ist eine Herausforderung. Es wurden da sicherlich auch Fehler gemacht. Wie sollte es denn auch anders sein, meine Damen und Herren, in einer Krise ohne Blaupause? Diese Monate lehren mich auch, wie wichtig Demut ist,

(Zuruf: Richtig!)

wie sehr der Erfolg unserer Maßnahmen davon abhängt, dass die Bevölkerung mitzieht, aber auch, was für eine große Aufgabe es ist, die die Landesregierung, insbesondere der Gesundheitsminister Manne Lucha, jetzt seit fast einem Jahr erfolgreich bewältigt.

(Zuruf)

Deswegen will ich es an dieser Stelle nochmals auf den Punkt bringen und Ihnen, Herr Minister, Ihrem Team und all jenen in den Gesundheitsämtern, die Tag für Tag, 24 Stunden, an der Bekämpfung dieses Virus arbeiten, für ihre gute Arbeit

danken. Bitte geben Sie diesen Dank auch weiter. Vielen Dank.

(Beifall – Zuruf)

Wichtig ist es, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive geben können, eine Perspektive aber nicht im Sinne eines Wettstreits um die schnellste Lockerung – das wäre genau das falsche Vorgehen –, nein, eine Perspektive im Sinne eines gemeinsamen Fokus, eines Ziels.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dieser Blick nach vorn ist wichtig, um alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Nur dann sind wir im Kampf gegen das Virus erfolgreich.

(Abg. Anton Baron AfD: Wo ist denn Ihre Perspektive, Herr Schwarz?)

Ich habe davon gesprochen, dass die Menschen jetzt eine Perspektive brauchen. Die gestrige Konferenz hat hier ja vorgelegt. Wenn es um Öffnungen geht, dann stehen die Kindertagesstätten und die Grundschulen ganz vorn. Dabei gilt, dass eine Öffnung immer von der epidemiologischen Lage abhängig ist. Es braucht hier vorsichtige Schritte, den Wechselunterricht. Aber die Ersten, die aufmachen, sind die Grundschulen und die Kindertagesstätten. In Baden-Württemberg wird das ab dem 22. Februar der Fall sein, so wie auch in vielen anderen Ländern. Ich finde, das ist ein wichtiges Signal an die Familien, das wir hier aussenden können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Sie versprechen das hier schon zum dritten, vierten Mal!)

Wenn nach dem 7. März eine zurückgehende Inzidenz feststellbar ist, dann kann auch darüber gesprochen werden, weitere Öffnungen vorzunehmen. Nach meinem Empfinden müssen dann an erster Stelle die weiterführenden Schulen mit Hygienekonzepten und Wechselunterricht stehen, die körpernahen Dienstleistungen, danach der Einzelhandel – da gibt es ja auch entsprechende Überlegungen mit einer Begrenzung der Personenzahl bezogen auf die Quadratmeterzahl der Verkaufsfläche – und dann auch die Museen und Galerien; denn auch hier kann man den Zufluss gut steuern.

Ich finde diese Prioritäten, die gestern festgelegt worden sind, richtig. Das sind vernünftige Prioritäten, um Schritt für Schritt, wenn es die epidemiologische Lage zulässt, wieder aufzumachen. Das ist eine wichtige Perspektive für die Bevölkerung in unserem Land. Wir unterstützen das, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Eine Perspektive geben heißt auch, jetzt schon über das Ende der Pandemie hinaus nachzudenken. Deswegen gibt es unser Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“, mit dem wir stärker aus der Krise kommen, indem wir gezielt in die innovativen Branchen und Stärken unseres Landes investieren.

Deswegen schlagen wir vor, im Frühjahr den Neustart für unsere Innenstädte zu wagen, für den stationären, für den inhabergeführten Einzelhandel, für Gastronomie, Kunst und Kul-

(Andreas Schwarz)

tur. Denn es sind doch die Innenstädte, die gewachsenen Stadtzentren in unserem Land, in denen das gesellschaftliche Miteinander stattfindet. Hier spüren wir, welche Auswirkungen die notwendigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben. Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir lassen die Städte in unserem Land nicht allein, wir lassen die Händlerinnen und Händler nicht allein. Mit einem Neustartprogramm wollen wir sie gezielt unterstützen, wenn es die Lage dann wieder hergibt.

(Beifall)

Zwei Adressaten muss das Konzept für einen Neustart für den Einzelhandel, für lebendige Städte und Gemeinden haben: zum einen die Einzelhandelsbetriebe, also die Geschäfte vor Ort, und zum anderen die Zentren, die Innenstädte, also quasi die Städte und Gemeinden, unsere Kommunen.

Damit es weiterhin lokalen Einzelhandel gibt, ist eine Art lokaler Onlineportale eine sehr sinnvolle Ergänzung, also ein vor Ort organisierter Lieferdienst, der genauso schnell und bequem ist wie die Lieferdienste der großen Konzerne. Über ein solches gemeinsames Portal können die Bürgerinnen und Bürger die Waren, die ansonsten im Modegeschäft oder im Buchladen angeboten werden, bestellen, und der lokale Lieferdienst bringt sie nach Hause. Ich finde, das ist ein sehr serviceorientiertes Angebot. Damit kann der lokale Einzelhandel durchaus wettbewerbsfähig sein mit den großen Lieferdiensten, mit den großen Onlineportalen, und kann hier auch seine Stärken besser ausspielen.

(Beifall)

Darüber hinaus werden wir sämtliche Förderprogramme unter die Lupe nehmen. Wir werden die Förderprogramme des Landes darauf ausrichten, wie sie den Innenstädten helfen können. Nehmen Sie z. B. die Städtebauförderung. Die werden wir so überprüfen, dass sie gezielt den Zentren zugutekommen kann. Nehmen Sie die neue Digitalisierungsprämie, die wir in dieser Legislatur aufgelegt haben. Damit kann auch der Einzelhandel stärker unterstützt werden. Oder nehmen Sie das Programm zur Entwicklung der ländlichen Räume. Damit sollen auch gezielt die Zentren und der Einzelhandel in den ländlich strukturierten Regionen unterstützt werden.

Gemeinsam mit den Kommunen und den Handelsverbänden stärken wir so die lokale Infrastruktur; denn eines ist klar: Wir wollen und wir werden unsere Innenstädte gezielt unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich finde, das ist eine wichtige Perspektive für das Frühjahr, und ich bin zuversichtlich, dass diese Pandemie ein Ende haben wird. Das Licht am Ende des Tunnels ist bereits zu sehen. Gehen wir diesen Weg weiter, dann werden die Zahlen sinken. Ende Februar können die Kinder in unserem Land wieder in die Kindertagesstätten und Schulen gehen. Behutsam können wir im Frühjahr weitere Bereiche öffnen, und schließlich geben uns die Impfungen den nötigen Schutz, wieder zu einer ungezwungenen Normalität zurückzukehren.

Schritt für Schritt kommen wir auf diesem Weg voran, und für diese letzten Schritte brauchen wir jetzt noch einmal Durch-

haltevermögen. Da ist nochmals eine gemeinsame Kraftanstrengung notwendig. Unser Leitstern ist klar: Der Schutz des Lebens und die Gesundheit der Bürgerschaft haben Vorrang.

Zwei Dinge sind mir zum Abschluss noch wichtig:

Erstens: Nehmen wir die Sorge der Wissenschaft vor den neuen Mutationen ernst. Handeln wir rechtzeitig und nicht erst dann, wenn wir uns in das Reich des exponentiellen Wachstums begeben haben. Das ist die Faktenlage, auf der wir Entscheidungen treffen sollten.

Zweitens: Es braucht – das habe ich dargestellt – klare Prioritäten. Unsere Prioritäten sind Familien und Kinder, sind die Grundschulen und Kindertagesstätten. Diese stehen ganz oben auf der Liste, wenn vorsichtig über Öffnungen nachgedacht werden kann.

Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kanzlerin und auch unser Ministerpräsident stehen beide für einen klugen, für einen umsichtigen Kurs in dieser Krise. Wissenschaftsbasiert, mit Umsicht und Vorsorge, das ist der richtige Kurs, und dafür werbe ich heute um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Der Corona-Tunnel wird länger“. So hat es die FAZ vor ein paar Tagen betitelt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wird länger? Das ist schon Stuttgart-21-Niveau!)

Und tatsächlich, der Kampf gegen das Virus – und jetzt auch gegen seine mutierte Form – zieht sich. Vielen Menschen geht die Geduld aus, sie sind müde und mürbe. Viele von uns haben wochenlanges Homeschooling hinter sich. Wir alle vermischen die Begegnung, das gesellschaftliche und das kulturelle Leben. Und wir sehnen uns nach mehr Normalität, nach einer Pizza beim Italiener, nach einem Abend mit Freunden und spätestens, Herr Kollege Schwarz, nach der Diät ohne Jo-Jo-Effekt natürlich wieder nach Begegnungen.

Gerade Familien warten dringend auf Entlastung. Es geht inzwischen nicht mehr nur um den Verzicht auf ein paar schöne Dinge im Leben. Es geht um die Substanz, ja, es geht schon fast um die *Conditio humana*, nämlich um unsere Lebensweise als soziale Wesen. Wir Menschen sind nicht für den Lockdown gemacht.

Deshalb verstehe ich alle, die es satt haben. Ich verstehe ausdrücklich jeden Frust von Gastronomen, Einzelhändlern und vielen anderen. Natürlich muss Gesundheit ganz oben stehen, und es geht auch nicht, dass man die Pandemie verharmlost. Aber ich will schon sagen: Wir verstehen auch die, die in den vergangenen zehn Monaten ihr Gewerbe, wenn überhaupt, vielleicht nur vier Monate lang ausüben konnten. Sie alle haben mittlerweile eine Perspektive verdient.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wir denken hier sowohl an die Friseurin als auch an die Blumenhändler, die Einzelhändler, die Innenstädte – natürlich! –, denn sie liegen uns am Herzen.

(Abg. Anton Baron AfD: Valentinstag steht vor der Tür!)

Vor diesem Hintergrund wollen wir hier schon auch deutlich machen: Wir verstehen die Eltern, die mit ihren Kräften am Ende sind, wir verstehen die, die mit Existenzangst unterwegs sind. Ich habe schon bei der letzten Debatte gesagt: Wir können die Schraube nicht immer noch fester ziehen. Die Menschen, wir alle brauchen jetzt Ermutigung und nicht noch mehr Härte. Wir brauchen Perspektiven und jetzt vielleicht auch die Aussicht auf kleine Erleichterungen. Sonst werden viele für sich selbst im Kleinen die Lockerung im Lockdown suchen, und das kann nicht in unserem Sinn sein.

Deshalb will ich einfach einmal betonen, was wir dank der Solidarität der Bürgerinnen und Bürger alle gemeinsam erreicht haben. Es wurde angesprochen: Der Inzidenzwert ist in Baden-Württemberg von 208 kurz vor Weihnachten – wohl gemerkt, Baden-Württemberg nahm einen Spitzenplatz ein – auf 55,9 gestern zurückgegangen. Inzwischen haben 18 Stadt- und Landkreise im Land einen Wert von unter 50. Die Intensivstationen in unserem Land konnten alle, die schwer an Corona erkrankt waren, aufnehmen. Die Zahlen in den Pflegeheimen wurden um 40 % gesenkt; der Ministerpräsident hat es angesprochen. Baden-Württemberg war das Land mit der höchsten Inzidenz und hat heute die niedrigste.

Die schlimmen Bilder wie anfangs in der Lombardei, später in den USA, in Irland oder Portugal hat es bei uns zum Glück nicht gegeben. Wir konnten allen Patienten jederzeit die bestmögliche Behandlung garantieren. Das ist eine Leistung, die unser Gemeinwesen auszeichnet, die auch nicht selbstverständlich ist.

(Beifall)

Deshalb danke ich an dieser Stelle auch im Namen meiner Fraktion allen, die in unserem Gesundheitswesen für diesen fast übermenschlichen Einsatz Tag und Nacht ihre Pflicht tun und ihre Leistung bringen.

(Beifall)

Die Zahl der Intensivpatienten sinkt schon seit dem 4. Januar: langsam, aber stetig. Wir haben Erfolge im Kampf gegen die Pandemie erzielt. Wir halten stand. Der Kampf gegen das Virus lohnt sich.

Auch beim Impfen kommen wir jetzt voran, trotz aller – teilweise auch berechtigter – Kritik,

(Abg. Anton Baron AfD: Immerhin!)

auch trotz aller Unwägbarkeiten. Alle 0,8 Sekunden findet in Deutschland eine Impfung statt. Drei Viertel der besonders gefährdeten Menschen in den Pflegeheimen bundesweit haben schon jetzt eine Impfung bekommen. Schon mehr als 1,1 Millionen Beschäftigte im Gesundheitswesen sind mittlerweile geimpft – die Hälfte davon schon zum zweiten Mal.

Das ist nicht nichts. Ich habe gestern ein Impfzentrum besucht und muss sagen: Diese Zentren sind vorbereitet, sie sind gut organisiert, sie sind auch in den Landkreisen präsent.

(Abg. Anton Baron AfD: Nur der Impfstoff fehlt!)

Bei der Impfquote liegt Deutschland übrigens noch vor seinen Nachbarländern Frankreich, Luxemburg, Niederlande und Österreich, aber auch klar vor gut organisierten Ländern wie Kanada oder Singapur. Aber natürlich müssen wir beim Impfen noch immer besser und noch schneller werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Wenn kein Impfstoff da ist?)

Es kommt jetzt darauf an, dass die zusätzlichen Dosen bei uns ankommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah ja!)

Die neue BioNTech-Produktion in Marburg ist gestern ange laufen. Insoweit wissen wir, dass die USA und Großbritannien sich ihren schnellen Impfeinstieg natürlich auch mit nicht unerheblichen Risiken erkaufen haben. Die Impfstoffhersteller hat man dort pauschal aus der Haftung entlassen. Ich vermute, ein solches Vabanquespiel wäre in der deutschen Öffentlichkeit gar nicht so gut angekommen.

Natürlich hätte – das halte ich für unbestritten – das Vertragsmanagement der Europäischen Union besser sein können

(Abg. Anton Baron AfD: „Besser sein können“?)

und besser sein müssen. Das ist keine Frage.

(Beifall – Zuruf)

Aber wahrscheinlich würden wir dann jetzt nicht über zu wenig Impfstoff, sondern über zu wenig Impfbereitschaft debattieren. Es war und bleibt richtig, dass wir Impfungen an die höchsten Qualitätsvorgaben knüpfen. Denn hier geht es um Sicherheit, es geht um Vertrauen, und darauf gibt es keinen Rabatt.

Ich habe die Erfolge genannt. Jetzt geht es darum, diese Erfolge zu erhalten, sie abzusichern und vor allem in Perspektiven umzumünzen. Die Mutationen des Virus machen uns diese Aufgabe gerade nicht leichter. Das wurde angesprochen. Sie sind inzwischen der Hauptrisikofaktor. Fachleute fürchten eine dritte Welle, sobald die neuen, noch ansteckenderen Virusvarianten die Oberhand gewinnen. Tatsächlich findet die Ausbreitung der neuen Viren unter dem Tarnmantel insgesamt sinkender Infektionszahlen statt, im Grunde genommen als eine unsichtbare Welle.

Ausbrüche wie in Künzelsau – Herr Kollege von Eyb hat es gestern angesprochen – zeigen, dass es von der niedrigsten Inzidenz von deutlich unter 50 innerhalb weniger Tage schon zu einer Inzidenz von 100 kommen kann.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das muss man ernst nehmen. Die Gefahr der Pandemie in der Pandemie ist real. Insoweit sind die Mutanten da; sie bestimmen mehr und mehr das Geschehen. Das müssen wir genauso berücksichtigen. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung jetzt die Vollsequenzierung beschlossen hat und da-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

mit über die Beschlüsse des Bundes hinaus jeder positive Test in Baden-Württemberg analysiert wird.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Hätten Sie gestern Abend mal die Fachleute vom Helmholtz-Institut gehört.

(Abg. Anton Baron AfD: Es wird gerade mal seit einer Woche sequenziert!)

Die können Ihnen sehr deutlich erklären, wie real die Gefahr einer dritten Welle ist und was diese Mutanten bedeuten.

(Zurufe, u. a. Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Kollege Schwarz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sich der R-Faktor durch die britischen, afrikanischen oder auch brasilianischen Mutanten um 0,4 erhöht.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Haben Sie die Flughäfen geschlossen?)

Das können Sie doch nicht leugnen. Sie leugnen gern die Realität. Das ist Ihr Problem.

(Beifall – Zurufe)

Deshalb muss man den Kampf hier konsequent führen. Die Mutationen zwingen uns zur Vorsicht. Wir müssen jetzt mit Maß manövrieren und auch die Nerven behalten. Dieses Ziel hat gestern die Kanzlerin bei ihrem Treffen betont und die Beschlüsse dargelegt und eingeordnet.

Wir tragen diese Entscheidungen mit. Es ist gut, dass es auch in dieser besonders kritischen Phase der Pandemiebekämpfung ein gemeinsames Ergebnis gibt. Wir brauchen diese Gemeinsamkeit, auch gemeinsame Leitplanken. Denn wichtig ist hier, gerade jetzt in dieser schwierigen Phase, in der die Geduld abgenommen hat, dass das Vertrauen nicht schwindet. Denn die Unzufriedenheit nimmt zu, aber auch aufgrund der Ungeduld und des Zeitablaufs. Das ist auch verständlich. Ich habe es angesprochen.

Ich begrüße deshalb, dass bei aller notwendigen Vorsicht auch die ersten verantwortbaren Öffnungsschritte in Aussicht genommen und konkret benannt werden. Viele Menschen haben auf ein solches Signal der Hoffnung gewartet. Wir müssen uns dabei klug im magischen Viereck bewegen. Dieses magische Viereck lautet: Schützen, Testen, Impfen, Öffnen. Dabei müssen wir vor allem das Testen massiv ausweiten, so, wie wir es jetzt zu Recht für Schulen und Kitas mit mehreren Tests pro Woche vorbereiten. Das war unsere Forderung. Es ist gut, dass es jetzt angegangen wird.

(Beifall – Zuruf: Jawohl!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie – –

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Am Ende, ja.

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt keine Zwischenfragen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist entscheidend. Und wir haben immer gesagt: „Testen, testen, testen“, das ist das Gebot der Stunde. Das war immer unsere Haltung.

(Beifall)

Wir brauchen perspektivisch auch einen smarten Kriterienmix, der über den reinen Inzidenzwert hinausgeht. Auch der Deutsche Ethikrat wirbt hier für eine Differenzierung. Zitat:

In dem Maße, in dem die Zahl der Geimpften steigt und die Zahl der Infizierten sinkt, rücken andere Kriterien in den Mittelpunkt.

Dann müssen wir z. B. mehr auf die Zahl der schweren Krankheitsverläufe, die Belegung der Intensivbetten, den Impffortschritt und auch – darüber haben wir heute Morgen schon gesprochen – auf regionale Unterschiede schauen und achten.

Inzwischen haben sechs Landkreise im Land einen Inzidenzwert von unter 35. Ich nenne z. B. Emmendingen mit einem Wert von 29,4, Baden-Baden mit 27,2 und Freudenstadt mit 27,1. Solche Kreise dauerhaft einfach so zu behandeln wie etwa den bayerischen Landkreis Tirschenreuth mit einem Inzidenzwert von noch immer über 380 kann man nicht vermitteln.

(Beifall)

Das ergibt sich übrigens auch aus dem Sinn und Zweck der Entscheidung des VGH, wie ich finde.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Winfried Mack und Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Wenn wir mit jedem Schritt warten, bis alle 400 Kreise in Deutschland im grünen Bereich sind, dann verspielen wir die Akzeptanz. Das darf nicht passieren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb brauchen wir regionale Verantwortung und auch regionale Entscheidungen.

Dazu gehört eben auch die Entscheidung des VGH zur nächtlichen Ausgangsbeschränkung, die im Kern in diese Richtung weist. Der VGH ist ja nicht prinzipiell gegen diese Regelung, fordert allerdings einen räumlich differenzierten Einsatz. Insofern rate ich hier auch zu einer normalen, maßvollen Debatte.

Selbstverständlich überprüfen die Gerichte die Coronamaßnahmen ständig. Das ist in einem Rechtsstaat auch deren Aufgabe. Im Grunde blicken wir eher gespannt auf das, was die Rechtsprechung zur Zahl 35 sagen wird. Ich denke, da kann uns noch die eine oder andere Entscheidung blühen.

Natürlich wägen Gerichte auch jeden Tag neu. Noch im Januar hat der VGH z. B. die Ausgehverbote ausdrücklich bestätigt. Im Oktober haben die Gerichte die Beherbergungsverbote noch aufgehoben. Wenige Tage später mussten wir dann in den Lockdown gehen.

So ist es eben mit einem dynamischen Geschehen. Keine Rechtsauslegung ist hier absolut. Und vermutlich würde sich bei weiter steigenden Infektionszahlen die Waage auch jetzt bald wieder in eine andere Richtung neigen. Im Moment schauen wir oft auf Umfragen. Nicht nur Umfrageergebnisse sind immer nur eine Momentaufnahme, auch jedes Corona-Urteil ist eine solche. Das müssen wir uns immer vor Augen halten.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Insofern ist der Jo-Jo-Effekt geradezu in die Rechtsordnung eingebaut. Der Kampf gegen das Virus beruht immer auf einer Prognose, die sich auf den Stand in zwei Wochen bezieht. Das müssen die Gerichte nicht einbeziehen. Sie entscheiden nämlich nicht *ex tunc*, sondern nur *ex post* oder *ex nunc*. Das ist halt auch einfacher. Wenn ein Gericht also nach einer Abwägung eine Maßnahme stoppt, ist das keine Blamage für die Politik oder die Regierung. Es ist vielmehr Teil der gemeinsamen Suche nach dem richtigen Maß in unserem gewaltenteiligen Staat, an der wir alle mitwirken. Das sollten wir auch in dieser schwierigen Zeit den Entscheidern in Regierung und Verwaltung immer zumindest zugutehalten, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Klar ist jetzt: Mit den erneut verlängerten Beschränkungen muten Bund und Länder insbesondere Teilen der Wirtschaft Enormes zu. Handel, Gastronomie, Tourismus, Kultur, die Eventbranche: Sie alle haben einen Anspruch auf Ausgleich für ihr Sonderopfer. Und sie erbringen ihr Sonderopfer, aber sie brauchen jetzt auch klare Perspektiven – auch die Geschäfte, auch der Einzelhandel. Das ist uns ein Anliegen.

Wir haben deshalb in dieser Woche unsere maßgeschneiderte Stabilisierungshilfe für Hotellerie und Gastronomie – das war gerade meiner Fraktion sehr wichtig – verlängert. Das ist richtig, das ist gut so, und das war auch wichtig.

66 % der Anträge auf Novemberhilfen waren Stand gestern bearbeitet; bei der Dezemberhilfe waren es noch weniger, nämlich rund die Hälfte der Anträge. Da sagen wir glasklar: Das muss schneller gehen. Die Hilfsmittel müssen schneller fließen.

(Beifall)

Bei der Überbrückungshilfe III ist gestern die Antragsstellung gestartet. Immerhin hat man – die Kanzlerin hat es gestern Abend in der Pressekonferenz betont, auch Ministerpräsident Söder, unser Ministerpräsident heute auch – nicht 100 000 €, sondern 400 000 € als Sofortauszahlungsabschlag beschlossen. Danach müssen die Abrechnungen ergänzend über die Länder in der Folgezeit erfolgen. Dabei kann jetzt auch der Wertverlust von Waren – z. B. nicht verkaufter Wintermode – mit angesetzt werden.

Ich will klar sagen: Alle Hilfen des Bundes prüfen wir. Wenn nötig, muss da auch nachgesteuert werden. Auch darum muss es gehen.

(Beifall)

Das wird vor allem dem stationären Einzelhandel helfen. Dafür und für weitere Verbesserungen hat die Wirtschaftsministerin gekämpft; auch ihr vielen Dank dafür.

Die Große Koalition im Bund hat die Verlustverrechnung ausgeweitet. Das ist ordnungspolitisch eine saubere Form der Wirtschaftshilfe mit großer Wirkung, kleinen Kosten. Gerade Betriebe mit an sich gesundem Geschäftsmodell können damit ihre plötzlichen und teils massiven Verluste aus der Zeit der Coronapandemie abfedern.

Wir hätten uns durchaus noch mehr Verbesserungen vorstellen können, vor allem einen längeren Verrechnungszeitraum.

Aber, Herr Kollege Schwarz, wir sind uns da einig: Bei allen Förderprogrammen – von der Stadtanierung bis zur Entwicklung des ländlichen Raums – sollten wir den Handel in den Innenstädten performen; das ist für die Infrastruktur wichtig. Da sind wir alle beieinander.

Wir sind dankbar für die Einigung mit der SPD im Bund wie auch für die weiteren Beschlüsse vom Kinderbonus bis zur länger andauernden Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie. All das zeigt: Wir alle stehen im Kampf gegen das Virus auf derselben Seite. Das ist es, was die Menschen jetzt auch zu Recht von uns erwarten.

Ebenso klar erwarten die Menschen jetzt Öffnungsperspektiven für Schulen und Kindergärten. Die Kultusministerin hat sich stets – gerade in den letzten Wochen und Monaten – engagiert dafür eingesetzt, Bildung und Betreuung mit Vorrang zu behandeln. Wir danken ihr sehr für ihren mutigen und jetzt auch richtigen Kurs, gerade in dieser Frage.

(Beifall – Zuruf: Genau!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schweickert zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Reinhart, vielen Dank für das Zulassen meiner Zwischenfrage. – Ist Ihnen bekannt, dass nur derjenige etwas abschreiben kann, der Gewinne erwirtschaftet?

(Beifall)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Schweickert, hier wurden viele Stellschrauben angesprochen. Es geht nicht nur um die Abschreibung, die man vornehmen kann, wenn man Gewinne schreibt; es geht um zahlreiche Hilfen, die wir hier angesprochen haben, zum einen um die Überbrückungshilfe – Sie wissen, dass für den ersten Abschlag 100 000 € vorgesehen waren, jetzt wurde er auf 400 000 € erhöht –, außerdem

(Zurufe)

– natürlich – um die Verlustverrechnung. Wir haben gesagt: Wir könnten uns längere Zeiträume der Berücksichtigung vorstellen.

Immerhin wird etwas gemacht,

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

und zwar für die Wirtschaft, für den Mittelstand. Es ist uns wichtig, dass wir in Baden-Württemberg, im Mittelstandsland Nummer 1, die Wirtschaft stark halten.

(Beifall)

Zu den Öffnungsperspektiven von Schulen und Kindergärten: Mittlerweile besteht hier parteien- und länderübergreifender Konsens. Selbst Karl Lauterbach tritt inzwischen für Schulöffnungen ein – man höre –:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

Der Shutdown der Schulen belastet vor allem jüngere Kinder, und das mit jedem Tag mehr. Wir können ihn nicht einfach immer weiter verlängern.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Zahl derjenigen mit diesen richtigen Erkenntnissen nimmt jeden Tag zu. Die Kinder müssen sich gesund entwickeln dürfen, auch in dieser Zeit der Pandemie. Dazu gehört natürlich, wie es die Kultusministerin gesagt hat, das elementare Recht auf Bildung. Das muss uns wichtig sein, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wir müssen bedenken: Wir können die psychische, soziale und geistige Gesundheit der Kinder nicht auf Dauer einer anderen Gesundheitsfrage unterordnen.

(Zuruf: Ja!)

Deshalb ist es richtig – wie hier vorgetragen wurde –, dass ab dem 22. Februar die schrittweise Rückkehr in die Klassenzimmer angegangen wird. Es gibt dafür die Konzepte an den Schulen. Es wird viel mehr getestet. Wir können es verantworten. Wir haben auch einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht. Ich spreche Ihnen allen Mut zu, dass Sie alle hier zustimmen, wenn Sie ihn gelesen haben. Denn genau in diese Richtung geht der gemeinsame Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und unserer Fraktion.

Der Bundesgesundheitsminister hat gesagt:

Wir sind auf dem Weg hinaus aus der Pandemie.

Es wird weiterhin ein schwieriger, ein weiter Weg bleiben. Aber auch der schwierigste Weg beginnt mit den ersten Schritten.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Reinhart, Zwischenfrage!)

Der Kampf lohnt sich, der Weg hat begonnen. Wir können diesen Kampf gewinnen, wir müssen ihn gewinnen, wir werden ihn gewinnen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede kurz noch einmal die aktuelle Situation beleuchten. Wir leben, arbeiten und entscheiden noch immer mitten in einer Pandemie – eine der größten Herausforderungen, denen wir uns in unserer Demokratie in den letzten Jahrzehnten gegenübergesehen haben. Ohne Zweifel stellt diese Situation auch eine Bewährungsprobe für uns alle und auch für unser Zusammenleben in dieser auf Freiheit, aber auch dem Prinzip der Solidarität basierenden Gesellschaft dar.

Ich betone dies an dieser Stelle, weil wir es gemeinsam in den letzten acht Wochen geschafft haben, die zweite Infektionswelle deutlich abzuschwächen. Die Sieben-Tage-Inzidenz in Baden-Württemberg liegt aktuell – das wurde bereits gesagt – bei knapp 55 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner, und wir schaffen es hoffentlich, diesen Wert auch noch weiter zu senken.

Dafür möchte ich zunächst einmal all denen danken, die an dem Erreichen dieses Zieles mitgearbeitet haben – mit hoher

Disziplin und hoher Solidarität, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Denn – dies gehört zur Wahrheit eben auch dazu – wir sind noch lange nicht über den Berg. Wir müssen weiter vorsichtig sein – das ist in der Wissenschaft unbestritten –, weil insbesondere das Risiko durch die Virusmutationen sehr groß ist und nicht unterschätzt werden darf.

Aber gerade deswegen geht es jetzt darum, eine Strategie zu entwickeln, die es uns ermöglicht, in den nächsten Wochen und Monaten mit dem Virus zu leben und gleichzeitig unserer Gesellschaft, aber auch unserer Wirtschaft keinen Schaden zuzufügen, der nicht mehr repariert werden kann. Denn bis zu dem Zeitpunkt, an dem uns das Impfen eines großen Teils der Bevölkerung aus dieser Situation heraushilft, brauchen wir eine solche Strategie. Denn eine ständige, scheinbar verlängerte des Lockdowns ist eben keine Strategie. Vor allem droht uns ansonsten das Schlimmste, was in dieser Situation passieren könnte: dass sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht mehr an die Regeln halten.

Was müssen wir also jetzt dringend tun? Es ist gerade einmal eine Woche her, dass ich der Landesregierung an dieser Stelle wieder einmal dringend geraten habe, eine Öffnungsperspektive zu schaffen – eine Perspektive, welche vorsichtigen Schritte der Rückkehr in die Normalität wir gehen können, die uns auf der Seite der Neuinfektionen nicht in Gefahr bringen, die uns allen in diesem Land aber eine Perspektive auf mehr Normalität geben.

Sie, Herr Ministerpräsident, sprachen vor wenigen Tagen hier von einer Rückwärtsstrategie. Ich spreche von einer Vorwärtsstrategie, einem nachvollziehbaren und an Risikoerwägungen orientierten Wenn-dann-Plan: Was schränken wir ein, wenn die Zahlen steigen?

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Aber eben auch: Was lockern wir, wenn die Zahlen sinken?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist kein Schrei nach vorschnellen Lockerungen und nach unverantwortlichem Handeln. Das ist schlicht und einfach die Erwartung, die wir haben, dass diese Gesellschaft, dass wir alle eine Hoffnung brauchen auf ein Ziel, auf das wir zuarbeiten können. Eine solche Strategie ist nicht nur eine schöne Kür, sondern politische Pflicht in diesen Tagen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Was ist die Strategie von der Bundes-SPD?)

Grundrechte sind eben keine Almosen. Sie werden nicht gewährt, sie sind garantiert, und der, der diese einschränkt, muss auch ganz konkret und ganz genau erklären, warum und wieso und inwieweit er sie einschränken muss. Dies muss gerichtsfest begründet werden. Da reichen keine ungunstigen Ahnungen, da reicht auch keine Sorge vor Virusmutationen. Sie haben gemeint, Sie könnten auf Durchzug schalten, als wir auf Initiative der SPD vor gut zwei Wochen im Ständigen Ausschuss und auf Antrag der FDP/DVP auch hier im Landtag über genau diese nächtlichen Ausgangssperren diskutiert ha-

(Andreas Stoch)

ben. Wer nicht hören will, muss dann eben fühlen. Denn wenn der VGH sich äußert, kann man nicht mehr einfach auf Durchzug stellen.

Ich will gar nicht mehr weiter darauf herumreiten; das ist schlimm genug. Es ist aber unglaublich wichtig, dass Sie jetzt die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen. Denn wenn eine Regierung durch Gerichte gezwungen werden muss, rechtswidrige Einschränkungen der Freiheitsrechte wieder aufzuheben, dann gefährdet dies das Vertrauen der Menschen in die gesamten Maßnahmen. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist hochgefährlich. Denn die Aasgeier der Demokratie warten auf genau diese Fehler.

(Beifall)

Das heißt für Sie, nicht nur das umzusetzen, wozu ein Gericht Sie zwingt, sondern zu begreifen, was der Entscheid für Sie bedeutet.

Wir reden an dieser Stelle schon seit Monaten darüber, dass diese Maßnahmen, um gerichtsfest sein zu können, differenziert sein müssen – differenziert deshalb, weil sie nur dann dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen, was die Gerichte überprüfen. Differenziert müssen sie aber auch genau deswegen sein, weil die Bevölkerung dann akzeptiert, dass diese Regelungen auch gerecht sind, eben weil sie im Zusammenhang mit konkreten Gefahren stehen.

Kollege Reinhart, ich zitiere Sie da gern: Eine auch regionale Differenzierung ist aus unserer Sicht richtig und wichtig. Wir brauchen in diesem Land für die Menschen, die in der Situation leben, dass sie es gemeinsam geschafft haben, die Inzidenzen nach unten zu bringen, auch eine Antwort darauf, was denn die Folge dieses Handelns ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen konkret eine Perspektive für Verbesserungen gerade in den Bereichen, in denen die Inzidenzen besonders niedrig sind, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall)

Das muss Teil einer solchen Strategie sein, die wir einfordern. Es ist doch bizarr, wenn der Ministerpräsident jetzt sagt, er hätte die nächtliche Ausgangssperre ja selbst aufgehoben; dies hätte nur niemand gewusst.

(Vereinzelt Lachen)

Herr Ministerpräsident, wenn eine Öffnungsstrategie Perspektiven bieten soll, wenn wir alle verstehen sollen, wie Infektionsgeschehen und Einschränkungen zusammenhängen, wenn Sie zeigen wollen, dass es hier um Kausalitäten geht und nicht um Willkür, dann müssen Sie diese Pläne natürlich veröffentlichen. Das darf keine Verschlussache sein.

Ich glaube, die Leute haben es jetzt einfach satt, dass man ihnen auch nach zehn Monaten noch vormachen möchte, man sei eben erst von allem überrascht worden; es sei alles so unsicher, man fahre auf Sicht; man könne gar nichts sagen. – Es gibt unbestritten Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, und ja, es gibt wahrscheinlich auch bei einer beschlossenen Strategie Gründe, warum diese auf der Strecke auch immer wieder ein-

mal geändert und angepasst werden muss. Aber es gibt eben auch jede Menge Gewissheiten und Fakten. An diesen wissenschaftlichen Erwägungen, entlang einer Risikobewertung verschiedener Handlungsweisen und möglicher Öffnungsschritte, muss sich nun eine Strategie bewegen. Es geht hier um Abwägungsprozesse; es geht um Risiken. Es geht um die rechtliche Bestandskraft von Entscheidungen entlang des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Darum geht es – und um das Übernehmen von Verantwortung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Dazu gehört fraglos auch die Bereitschaft, einzugestehen, dass Fehler gemacht wurden, z. B. bei der Frage – Dies ist aus meiner Sicht gar keine Frage mehr. Es liegt doch auf der Hand, dass man die Pandemie nicht mit geradezu übermenschlicher Sturheit in einem kleinen Haus wie dem Sozialministerium bearbeiten lassen sollte. Das haben wir hier in den vergangenen Monaten wieder und wieder gesagt. Aber die Regierung stellt sich taub. Als Minister Lucha nach den ersten Bauchlandungen das Vorgehen bei der Vergabe der Impftermine änderte, haben wir ihm gesagt, er müsse dringend genauere Kohorten bei der Priorisierung bilden, da sonst die Hotlines wieder volllaufen. Er hat es nicht getan, und genau so ist es jetzt auch gekommen. Die Hotlines sind wieder überlastet.

(Zuruf: Nein!)

Fast die Hälfte aller Menschen, die an oder mit Corona sterben, sind Pflegeheimbewohner. Zahlen gibt es dazu aus Hessen oder Bayern. Wenn Minister Lucha schätzt, es sei bei uns nur ein Drittel, so darf man das füglich bezweifeln. Was man tun sollte, ist klar: impfen, und zwar mit höchster Priorität. Deswegen hatten die Länder abgemacht, bis Mitte Februar alle Pflegeheimbewohner zu impfen, die das möchten. Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein werden das schaffen, oder sie haben es sogar schon geschafft. Was schreibt Sozialminister Lucha nach Berlin? Er gehe davon aus, dass – Zitat –

... bis Mitte Februar alle stationären Pflegeeinrichtungen kontaktiert wurden.

Beachtlich, Herr Minister: Bis Mitte Februar haben wir allen Pflegeheimen in Baden-Württemberg schriftlich mitgeteilt, dass sie irgendwann einmal mit dem Impfen dran sein werden.

Sie sagen, Sie fahren auf Sicht. Aber man hat immer öfter das Gefühl, Sie fahren nach Gehör. Immer erst dann, wenn die Karre an der Wand oder im Graben hängt, dann wird – wenn auch widerstrebend – der Kurs geändert. Das ist verheerend und muss sich jetzt endlich ändern.

(Zuruf)

Es kann auch nicht sein, dass gerade Baden-Württemberg nicht nur gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern planlos auftritt, sondern auch im Bund. Anders als andere Länder sind Sie wieder einmal komplett ohne eigene Konzepte in die Beratungen mit der Kanzlerin gegangen – kein Wunder, dass wir da keine Rolle spielen.

(Andreas Stoch)

Es reicht nicht, immer nur den neuesten vom Gericht erzwungenen Schritt zu gehen. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Land sind keine nöledenden Kinder, die ihr Landesvater mit etwas Trost ins Bett schicken kann. Die gehen auch mal vor Gericht, dann wird man sehen – wie man es schon mehrfach gesehen hat –, was alles geschlossen bleiben darf in Gegenden mit einer Inzidenz von 20 oder 30. Kommen Sie doch auch hier endlich „v o r“ die Lage“. Alles andere ist Gift für das Vertrauen in die Politik, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Klar ist auch: Wenn wir beginnen, Schulen und Kitas wieder zu öffnen, dann muss das auf der Basis von nachvollziehbaren Konzepten passieren. Dann muss auch endlich Schluss sein mit Ihrer Argumentation, dass Kinder und Jugendliche angeblich weniger infektiös seien als Erwachsene. Der Satz „Schulen sind keine Treiber der Pandemie!“ treibt jedem, der nur im Entferntesten Ahnung von Epidemiologie oder von diesem Virus hat, den Angstschweiß auf die Stirn – übrigens auch den Lehrkräften, auch den Erzieherinnen und Erziehern –, weil das nicht die wissenschaftliche Erkenntnislage ist, auf der Sie argumentieren müssen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Aber solange Sie genau so argumentieren, haben die Betroffenen an Kitas und Schulen das Gefühl, von dieser Landesregierung, vom Ministerpräsidenten und seiner seit Monaten im Wahlkampfmodus agierenden Kultusministerin nicht wahrgenommen und in ihren Sorgen nicht ernst genommen zu werden.

Auch diejenigen fühlen sich vergessen, die seit Wochen in Kitas und an Schulen in der Notbetreuung sind. Denn diese bedeutet in vielen Kitas nichts anderes als einen Betrieb mit oft weit mehr als der Hälfte aller Kinder, aber immer unter völlig unklaren Bedingungen und ohne dass man dem Risiko für die Erzieherinnen und Erzieher Rechnung getragen hätte.

Auch diejenigen fühlen sich vergessen, die seit dem 11. Januar an den SBBZ arbeiten und gleichzeitig hören, wie ständig von geschlossenen Schulen die Rede ist.

Auch die Lehrerinnen und Lehrer, die nun schon seit Wochen versuchen, mit den eingeschränkten Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, Unterricht im Fernlernen zu machen, fühlen sich nicht wahrgenommen, Herr Ministerpräsident, wenn Sie von geschlossenen Schulen sprechen.

Es braucht jetzt endlich Konzepte, wie, wenn wieder – unter virologisch verantwortbaren Umständen – mehr in den Präsenzunterricht gegangen werden soll, dies umgesetzt werden soll. Ich habe Ihnen nicht ohne Grund die Ergebnisse des runden Tisches zur Schule vorgelegt. Dort wird sehr deutlich gesagt, was die Schulen, was die Eltern, was die Schülerinnen und Schüler von Ihnen erwarten. Sie erwarten eine Einbindung und Kommunikation durch die Landesregierung, die nachvollziehbar ist; sie erwarten Planbarkeit und nicht Entscheidungen, die am Freitag kommen, um sie Montagfrüh umzusetzen; sie brauchen Unterstützung bei der Ausstattung, dass in den Schulen das umgesetzt werden kann, was notwendig ist – personell und räumlich –; sie brauchen Sicherheit; sie brauchen Schutzmasken; sie brauchen Schutzkleidung, dass

die Menschen an den Schulen das Gefühl haben, dass sie nicht dem Virus ausgeliefert sind, sondern nach den verantwortbaren Umständen sicher sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir diese Bedingungen erfüllen, dann können wir Kitas und Schulen wieder öffnen, dann können wir aber auch verantwortlich mit diesen Einrichtungen umgehen. Das, was im Moment passiert, ist, dass diese Landesregierung die Einrichtungen sich selbst überlässt.

(Beifall)

Ein ganz wichtiges Element sind die Schnelltests. Wir müssen jetzt die Schnelltests – wie es ja hoffentlich endlich überall in den Pflegeheimen passiert – als ein Schutznetz begreifen, mit dem wir Infektionen so schnell wir es irgendwie können erkennen, um Infektionsketten zu unterbrechen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen brauchen wir für die Beschäftigten, aber auch für die Kinder und Jugendlichen in den Kitas und Schulen ein Sicherheitsnetz, das durch Tests unterstützt werden muss. Herr Kollege Lucha, es bringt nichts, erst dann zu testen, wenn die Kinder oder Erwachsenen Symptome aufweisen. Wir brauchen anlasslose Tests und ein Netz von Sicherheit für die Schulen und Kitas im Land.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle noch das Thema Finanzhilfen ansprechen. Wenn ich im Land unterwegs bin – das bin ich im Moment unter all den schwierigen Bedingungen, die derzeit gelten – und mit den Menschen, gerade mit den Einzelhändlern, mit den Gastronomen, rede, dann sehe ich, dass diese von der Politik zwei Dinge erwarten: Sie erwarten von der Politik, dass diese ihnen dafür, dass sie dieses Sonderopfer erbringen, was viele von ihnen tun, die wirtschaftliche Hilfe so schnell wie möglich zukommen lässt und dass sie ihnen eine Perspektive bietet, auf die sie zuarbeiten können.

Zur Frage der Hilfe muss ich ihnen dann sagen: Laut den vorliegenden Unterlagen wurden im vorigen Jahr hier im Land Baden-Württemberg und aus dem Landeshaushalt nur 48 % der vorgesehenen Mittel für die Coronahilfen ausgegeben. Das sind 2,95 Milliarden € von 6,13 Milliarden €. Da stellt sich schon die Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum das Geld, das von diesem Parlament hier für genau diesen Zweck bewilligt wurde, nicht bei den Betroffenen ankommt. Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen.

(Beifall – Zurufe)

In diesem Jahr sieht es nicht besser aus. Wir sind jetzt im Jahr 2021. Bisher wurden exakt 1,47 % der Mittel ausgegeben – von fast 2,5 Milliarden € gerade einmal 36,5 Millionen €.

(Zuruf)

Noch einmal: Ja, es ist Pandemie. Aber dann muss man auch entsprechend handeln: Leute abstellen, Anträge abarbeiten. Wir dürfen in dieser Lage nicht bummeln. Den Menschen draußen – egal, ob Einzelhändler oder Gastronomen – geht die Luft aus. Wenn diese Menschen Angst haben, dass vor der

(Andreas Stoch)

Pandemie gesunde Betriebe jetzt wegen Corona und wegen nicht rechtzeitig ankommender Hilfen den Bach runtergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann gefährden wir nicht nur unsere Innenstädte, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in dieser schwierigen Situation.

(Beifall)

Aber: Wir Sozialdemokraten sind unverbesserliche Optimisten.

(Zurufe)

Deswegen gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass die Landesregierung dieses Mal vielleicht die Gabe des Zuhörens in sich entdeckt, ehe das nächste Gericht sie zum Zuhören zwingt.

(Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Herr Fraktionsvorsitzender Stoch hat das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Meine Fraktion hält es für dringend notwendig, dass es über eine zentral festgelegte Öffnungsstrategie für Schulen und Kitas hinaus auch eine verlässliche und an lokale Gegebenheiten angepasste Umsetzung dieser Strategie gibt.

In dem Gespräch – bei dem runden Tisch –, das wir geführt haben, war eines sehr deutlich: Die Schulen wollen verlässliche Rahmenbedingungen.

(Unruhe)

– Der Kollege Lede Abal – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, warten Sie bitte. – Herr Kollege Lede Abal und Frau Abg. Wölflé, Sie unterhalten sich einfach zu laut. Herr Fraktionsvorsitzender Stoch hat das Wort. Wenn Sie, Herr Abg. Lede Abal, meinen, eine Debatte weiterführen zu müssen, dann verlagern Sie diese bitte nach außerhalb des Plenarsaals. Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Andreas Stoch SPD: Wir haben im Ergebnis des runden Tisches eines festgestellt, und das jenseits der vielen Sachfragen: Wir haben festgestellt, dass die Schulen einen rechtlich und vor allem ausstattungsmäßig sicheren Rahmen brauchen, in dem sie die richtigen Konzepte erstellen können. Sie brauchen dann die Freiheit, die vor Ort in Anbetracht der räumlichen und personellen Ressourcen, aber auch der pädagogischen Fragen richtigen Maßnahmen zu treffen und richtigen Lösungen zu finden.

Ein Satz, der mir im Ohr geblieben ist, ist sehr bezeichnend, vor allem für die Kultuspolitik der letzten fünf Jahre: Wir müssen aus einer Politik des Misstrauens endlich wieder in eine Vertrauenskultur an unseren Schulen kommen.

(Beifall)

Deswegen fordern wir eine Strategie, die nicht nur den 22. Februar in den Blick nimmt, sondern die auch sagt, unter welchen Bedingungen mit welchen Unterstützungsmaßnahmen dann weitere Öffnungsschritte möglich sind. Was ist notwen-

dig zur Eindämmung der Infektionen? Was ist aber vor allem notwendig auf der Seite der Schulorganisation, damit unter verantwortbaren Umständen geöffnet werden kann? Da müssen natürlich auch die weiterführenden Schulen in den Blick genommen werden. Da müssen aber auch Differenzierungen vorgenommen werden. An einer Schulart wie der Berufsschule gibt es unglaublich viele Bildungsgänge mit Schülern mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Das muss im Rahmen eines solchen Konzepts berücksichtigt werden. Deswegen brauchen wir Differenzierung und nicht Pauschalierung.

Deswegen fordern wir, Herr Ministerpräsident, eine von der Landesregierung erstellte, auf wirkungsvolle Pandemiebekämpfung gerichtete Strategie. Wir fordern von Ihnen, eine Strategie vorzulegen, die beinhaltet, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Stufen ein Ende des Lockdowns erfolgen kann. Analog zu unseren Empfehlungen bei der Impfstrategie raten wir auch ganz dringend dazu, Priorisierungen so konkret und zielgenau und so differenzierend wie möglich vorzunehmen.

Die Perspektiven der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz sind da wenigstens ein Stück von dem, was laut Aussagen von Ihnen absolut unmöglich sein soll. Wenn die Inzidenz nicht steigt, öffnen am 1. März die Friseure. Wenn sie auf 35 sinkt, öffnen Geschäfte, Museen und körpernahe Dienstleistungen. Genau so kann man weitermachen, genau so muss man weitermachen.

Und ein letztes Mal für heute: Niemand kann voraussagen, wann welche Inzidenz erreicht ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Inzidenzzahlen kann man niemals voraussehen! Völliger Schwachsinn!)

Aber es muss doch möglich sein, zu sagen, ab welchem Wert was sein sollte, dies gerade auch angesichts der Unsicherheiten über die Auswirkungen der Virusmutationen. Wenn wir Schritt für Schritt vorgehen können, können wir auch die Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen verfolgen, umso mehr, wenn wir mit einer Teststrategie und Inzidenzen unter 50 nicht nur jeden positiven Test sequenzieren, sondern auch wieder alle Ansteckungsketten nachverfolgen und unterbinden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie fast alle anderen ansteckenden Krankheiten wird Covid-19 nicht aus der Welt verschwinden. Aber wir werden es schaffen, dass Covid-19 eine ansteckende Krankheit wird wie andere auch, eine Krankheit, die uns nicht zu Masken und zum Abstandhalten zwingt, die keinen Lockdown nötig macht, eine Krankheit, die wir so weit im Griff haben, dass wir ganz normal leben können. Ich hoffe, das wird gar nicht mehr so lange dauern, mit etwas Glück, mit viel Disziplin, mit unglaublich viel Geld und mit noch unglaublich viel mehr Arbeit aller Helferinnen und Helfer da draußen und, ich hoffe, mit einem Coronamanagement, das auch in diesem Land endlich die Kurve kriegt.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben eine Rede gehalten, in der sich ein Zitat fand, das als Überschrift für diese Rede wie auch als Überschrift für die Politik, die Sie seit Monaten gegenüber dieser Pandemie machen, durchaus geeignet wäre. Sie haben gesagt: „Wir müssen weiter auf Sicht fahren.“ In der Tat machen Sie eine Politik, die auf Sicht fährt. Andere würden vielleicht sagen, man stochert im Nebel. Jedenfalls ist nicht klar erkennbar, wohin der Weg geht. Es ist nicht klar erkennbar, was die Bevölkerung von dieser Politik erwarten kann. Diese Politik ist für die Bevölkerung nicht berechenbar, und das ist das Hauptproblem dieser Politik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Natürlich kann man sagen: Wir wissen nicht genau, wie es weitergeht, und deshalb machen wir jetzt mal für drei Wochen mit dem Lockdown weiter, und vielleicht können wir ja dann in drei Wochen eine Situation erreichen, in der wir eine Perspektive vorstellen. Nur, Herr Ministerpräsident, es ist doch völlig klar: Sie werden auch in drei Wochen nicht genau wissen, wie es weitergeht, und Sie werden dann in zwei oder drei Wochen – in welchem Intervall auch immer – wieder nicht verlässlich versprechen können, wie es weitergeht. Das bedeutet, dass Sie weiter im Nebel stochern; das bedeutet, dass Sie weiter auf Sicht fahren und die Bevölkerung weiter ein Konzept, einen Plan vermissen wird.

(Beifall – Zuruf: Das ist doch Absicht!)

– Nein, das ist nicht Absicht. Denn der Ministerpräsident – das unterstelle ich ihm – ist bemüht um Akzeptanz, darum, die Bevölkerung hinter sich zu wissen, um diese Pandemie bekämpfen zu können.

(Zuruf: Salamtaktik!)

Alles andere wäre unlogisch.

(Vereinzelt Beifall)

Nur, das Problem ist, Herr Ministerpräsident: Mit dieser Strategie verlieren Sie zunehmend die Akzeptanz der Bevölkerung.

(Beifall)

Stellen wir uns doch mal die Frage: Was war das Erfolgsrezept 2020? Warum haben wir im Frühjahr und im Sommer 2020 die Pandemie vergleichsweise beherrscht? Das war doch sicherlich nicht deshalb – es ist doch völlig illusorisch, dies zu glauben –, weil man die Einzelhandelsgeschäfte und die Gastronomie geschlossen hat oder weil man die 800-m²-Regelung hatte. Nein, wir haben diese Pandemie deshalb beherrschen können, weil die Bevölkerung gesehen hat: Dieses Virus ist gefährlich, und eines hilft ganz sicher gegen dieses Virus, nämlich das Vermeiden von Kontakten. Und genau darum geht es: das Vermeiden von Kontakten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht in den vergangenen Tagen eingeräumt: Der Wellenbrecher-Lockdown war ein Fehler, der Wellenbrecher-Lockdown ist gescheitert. Aber die Schlussfolgerung, die Sie daraus gezogen haben, ist zumindest nicht beweisbar. Die Schlussfolgerung war: Wir hätten

damals einen härteren Lockdown durchziehen müssen. Das ist aber nicht beweisbar, Herr Ministerpräsident.

Wir haben damals eine Gegenthese aufgestellt – die können wir zugegebenermaßen auch nicht beweisen, aber Sie können sie auch nicht widerlegen –, nämlich: Dadurch, dass man beispielsweise durch die Schließung von Hotels und Gaststätten mit funktionierenden Hygienekonzepten, mit funktionierenden Abstandskonzepten, oder auch des Einzelhandels, wo Masken zu tragen wären, die Sozialkontakte der Menschen unterbindet, erreicht man nicht zwangsläufig, dass es keine Kontakte mehr gibt. Vielmehr drängt man das Bedürfnis der Menschen nach Kontakten dann möglicherweise in das Halbdunkel einer durch den Staat nicht ausleuchtbaren Privatheit ab und hat dann man am Ende mehr Infektionen als vorher. Es passieren Dinge wie kürzlich im Kreis Tuttlingen – dass sich die Menschen wild irgendwo treffen und dann ein Infektionsherd existiert –, wenn Sie die Akzeptanz der Bevölkerung verlieren und wenn Sie die Begegnungsmöglichkeiten dort unterbinden, wo Hygiene gewährleistet ist.

(Beifall)

Mit der Politik, die Sie betreiben, verlieren Sie zunehmend die Akzeptanz der Bevölkerung. Das Hauptelement – Kollege Reinhart würde sagen: der Joker –, wenn es darum geht, dieses Virus zu bekämpfen, ist, die Akzeptanz der Bevölkerung und die Einsicht in die Notwendigkeit der Kontaktvermeidung zu erreichen. Wenn Sie die Akzeptanz der Bevölkerung verlieren, Herr Ministerpräsident, dann sind Sie mit Ihrer Strategie am Ende, dann hilft es auch nicht mehr, alle 14 Tage oder drei Wochen irgendwelche Ministerpräsidentenkonferenzen abzuhalten.

(Abg. Anton Baron AfD: Pressekonferenzen sind immer schön!)

Deshalb – da hat der Kollege Stoch völlig recht – brauchen wir endlich eine Strategie, und zwar eine nachvollziehbare Strategie für die Menschen, eine nachvollziehbare Strategie für die Schulen, eine nachvollziehbare Strategie für die Wirtschaft, für die Kultur, für den Sport, eine nachvollziehbare Strategie für unser Land insgesamt.

Herr Kollege Lucha, Sie haben ja gesagt, eine Protektionsstrategie könne man vielleicht machen, Sie seien nur gegen eine reine Protektionsstrategie. Da sind wir ja gar nicht weit auseinander. Wir haben auch nie vorgeschlagen, eine reine Protektionsstrategie zu machen, sondern wir haben gesagt, wir brauchen eine Protektionsstrategie gegenüber den vulnerablen Gruppen. Da ist es notwendig, in den Alten- und Pflegeheimen für Luftfilter, für Schnelltests, für FFP2-Masken und möglichst rasch für Impfungen zu sorgen. Und nebenher brauchen wir eine Strategie für die Öffnung der Gesellschaft – ebenfalls mit Hygieneregeln, mit Abstandsregeln, mit Schutzmasken, aber auch mit Hoffnung, mit einer Perspektive für die Menschen und für die Wirtschaft. Das ist notwendig.

(Beifall)

Da darf eine Politik nicht widersprüchlich sein. Widersprüchlich ist es schon, Herr Lucha, wenn Sie mit Millionenaufwand einen Brief versenden, der dann bei den Leuten im Briefkasten liegt,

(Abg. Anton Baron AfD: Der veraltet ist!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

und eigentlich müsste dann gleich eine Postkarte hinterherkommen, auf der steht: April, April, das alles gilt schon nicht mehr.

(Zuruf)

– Nein, es gilt eben alles nicht mehr, Herr Lucha. Vieles, was in diesem Brief stand, ist überholt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Im April ist der Lockdown noch immer da!)

Wir haben es ja in der letzten Woche schon diskutiert.

(Zuruf)

Sie haben wochenlang erklärt, Sie halten die Hälfte des Impfstoffs zurück. Das machen Sie jetzt nicht mehr. Sie haben wochenlang erklärt: „Wir machen weiter mit diesem System.“ Das machen Sie jetzt auch nicht mehr. Sie machen Recall. Ich will jetzt nicht den Stab über Recall brechen. Schauen wir einmal, ob es funktioniert. Ich hoffe das. Aber Sie haben in Ihrer Strategie doch wesentliche Parameter verändert. Insofern erspare ich mir, Herr Kollege Stoch, unser ceterum censeo – wir kommen uns ja schon vor wie der alte Cato –: Und übrigens: Das Sozialministerium und Minister Lucha müssen von der Impffront abgezogen werden – das sage ich jetzt nicht, der Kollege Stoch hat es schon gesagt, und er hat recht, meine Damen und Herren.

(Beifall – Abg. Rainer Stichelberger SPD: Er hat immer recht!)

– Herr Kollege Stichelberger, diesem Zwischenruf würde ich jetzt nicht uneingeschränkt zustimmen, aber es spricht für Sie, dass Sie mit dem Zwischenruf Ihren Partei- und Fraktionsvorsitzenden unterstützen, obwohl Sie der Fraktion nächstes Mal nicht mehr angehören werden. Es muss also von Herzen kommen.

(Abg. Rainer Stichelberger SPD: Solidarität!)

– Ja, Solidarität.

Was wir brauchen, ist dann offensichtlich etwas anderes, nämlich meinerwegen eine inzidenzbasierte Öffnungsstrategie,

(Zuruf: Ach!)

bei der wir auf der einen Seite sagen: „Wir machen eine Protektionsstrategie für die vulnerablen Gruppen.“ Wenn Sie dann der Überzeugung sind, Inzidenzen sind quasi die Leitplanken, dann sind wir bereit, mit Ihnen über diese Inzidenzen zu reden. – Das ist auch der Unterschied zur AfD: Sie sind in keiner Weise kompromissbereit, sondern Sie hauen immer irgendetwas heraus, von dem Sie wissen, dass es nichts taugt, dass es niemanden überzeugt,

(Zuruf: Wir sind nicht die FDP, Herr Rülke!)

Hauptsache, Sie haben etwas rausgehauen. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Wir sind bereit, uns mit Ihnen zu verständigen und zu sagen: „Verständigen wir uns auf eine Protektionsstrategie für die vulnerablen Gruppen; aber dann brauchen wir auch eine Strategie für die Öffnung der Gesellschaft.“ Da gab es ja immer unterschiedliche Parameter.

(Zuruf: Genau das haben doch wir gesagt!)

Am Anfang hieß es, wir müssen verhindern, dass das Gesundheitswesen überlastet wird. Dann kam plötzlich der Verdopplungszeitraum. Dann kam der R-Faktor, dann kamen die Inzidenzen, und jetzt sind es mittlerweile die Mutanten.

Aber gut, verständigen wir uns – das ist unser Vorschlag –, solange es nichts Besseres gibt, auf eine Protektionsstrategie für die vulnerablen Gruppen und auf eine inzidenzbasierte Öffnungsstrategie für die Gesellschaft. Wobei es besser wäre, das zu tun, was etwa die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene vorgeschlagen hat. Die sagt nämlich, die Sieben-Tage-Inzidenz allein sei nutzlos. Es sei notwendig, hier auch die Zahlen zur Hospitalisierung, zur Belegung der Intensivbetten, und die Zahl der Todesfälle mit einzubeziehen. Meinetwegen verständigen wir uns auf eine solche Strategie, aber es muss dann auch eine Strategie mit einem klaren Wenn-dann-Konzept sein, das die Bevölkerung versteht, das der Bevölkerung einleuchtet, das der Bevölkerung Hoffnung gibt.

Das ist notwendig, und wenn Ihnen das nicht gelingt, Herr Ministerpräsident, dann werden Sie immer weiter die Akzeptanz der Bevölkerung verlieren, und das wird dann der Grund dafür sein, dass die Fallzahlen wieder steigen, weil nämlich die Menschen nicht mehr einsehen, was die Politik von ihnen verlangt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir haben in der vergangenen Woche in einer Aktuellen Debatte drei konkrete Stufen vorgeschlagen, und dieses Mal erheben wir es zum Antrag:

Wenn in der ersten Stufe die Inzidenz stabil unter 100 liegt, können beispielsweise Kindertagesstätten und Grundschulen geöffnet werden. Das ist erreicht. Sie haben es zum 22. Februar angekündigt. Zum 22. Februar, das ist in Ordnung. Denn es macht ja keinen Sinn, jetzt zu sagen: „Wir fangen überstürzt am Rosenmontag an.“ Wir hoffen, dass die Kultusministerin diesmal diese zehn Tage Vorlauf nutzt, um umsetzbare Konzepte zu entwickeln, und diese den Schulen auch rechtzeitig zur Kenntnis gibt, sodass die Schulen die Chance haben, sie umzusetzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ein frommer Wunsch!)

– Das ist ein frommer Wunsch, Herr Kollege Stoch, aber so, wie für die Sozialdemokratie ausweislich des Zwischenrufs des Kollegen Stichelberger die Solidarität wichtig ist, ist für einen Christenmenschen Glaube, Liebe und Hoffnung auch wichtig.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Insofern geben wir die Hoffnung nicht auf. Selbst wenn der Glaube etwas angegriffen ist, geben wir die Hoffnung nicht auf und hoffen auf ein solches Konzept.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber, Herr Ministerpräsident, der nächste Schritt ist schon etwas merkwürdig. Ich bin Ihnen ja persönlich dankbar dafür, dass ab 1. März die Friseure wieder öffnen dürfen. Als ich das gestern bei dpa gelesen habe, habe ich mich sofort um eine Terminreservierung bemüht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a.: Hat es geklappt?)

– Die Rückmeldung steht noch aus.

(Zuruf: Recall! – Zuruf des Ministers Manfred Lucha)

Möglicherweise gibt es Ministerpräsidenten, die es vorher wussten und schneller bei der Buchung gewesen sind.

(Zuruf: Das sind dann Insidergeschäfte!)

Aber die Frage ist natürlich, Herr Ministerpräsident: Warum nur die Friseure?

(Zuruf: Ja!)

Man kann das natürlich mit dem Satz begründen: „Ha, i sollt' mal wieder zum Friseur.“

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber das ist natürlich keine hinreichende Begründung – schon gar nicht vor Gericht –; denn Sie haben ja erlebt, dass man vor Gericht manchmal auch verlieren kann, auch als Landesregierung. Nehmen wir also einmal an, ich wäre Blumenhändler. Herr Kollege Reinhart, Sie haben ja Beispiele genannt: Blumenhändler und andere.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Es ist bald Valentinstag!)

Der Valentinstag rückt näher, und da möchte man als Blumenhändler natürlich öffnen. Der Blumenhändler liest nun also: „Friseure dürfen öffnen, aber ich darf nicht.“ Ich könnte mir vorstellen, dass manch ein Blumenhändler vor Gericht geht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Online bestellen! – Weitere Zurufe)

Herr Ministerpräsident, mich würde interessieren, wie Sie oder Ihr Rechtsbeistand dann vor Gericht erklären, warum die Friseure öffnen dürfen, die Blumenhändler hingegen nicht,

(Vereinzelt Beifall)

wie Sie das epidemiologisch begründen.

(Beifall)

Ich könnte mir vorstellen, dass Sie da sehenden Auges in die nächste Gerichtsklatsche hineinlaufen.

Wohlverstanden: Wir freuen uns darüber, dass die Friseure am 1. März öffnen, aber am 1. März müssen dann auch der Handel und die Gastronomie öffnen dürfen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das passt auch zu unserem Konzept, in dem wir fordern, bei einer Inzidenz stabil unter 50 – – Wir gehen mal davon aus, dass wir am 1. März liefern können. Die Entwicklung der Zah-

len stimmt hoffnungsvoll, dass wir am 1. März eine Inzidenz von stabil unter 50 haben werden. Dann ist es natürlich auch sinnvoll und angemessen, die Friseure zu öffnen. Das darf aber nicht nur für Friseure, sondern muss auch für andere gelten.

Herr Kollege Reinhart, Sie sprachen sehr intensiv über die Wirtschaftshilfen. Wir sind ja dankbar, dass die Große Koalition in Berlin, dass der Bundesfinanzminister nach monatelangem Zögern einen Schritt in Richtung Verlustrücktrag gegangen ist. Aber das reicht halt nicht aus. Wir brauchen die vollständige Umsetzung. Dem baden-württembergischen Mittelstand muss es ermöglicht werden, die Verluste des Jahres 2020 und die erwartbaren Verluste 2021 – die Weichen dafür sind ja leider schon gestellt – auf die zurückliegenden drei Jahre 2019, 2018 und 2017 rückrechnen zu lassen.

(Beifall)

Das muss kommen, und das hilft dem baden-württembergischen Mittelstand deutlich besser als Novemberhilfen, die im Februar nicht da sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Abschließend, Herr Ministerpräsident, zu den Ausgangsbeschränkungen: Sie haben vorhin gesagt, man könne glauben oder nicht, dass Sie sowieso vorhatten, diese Ausgangsbeschränkungen abzuschaffen. Vor Gericht würden wir jetzt in die Beweisaufnahme eintreten.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es gab zwei Landtagsdebatten in der vergangenen Woche. In der einen Landtagsdebatte habe ich die Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen gefordert. Ihre Antwort – ich habe es noch im Ohr –: „Das werden wir nicht tun.“ Können Sie sich erinnern, Herr Ministerpräsident? In einer zweiten Landtagsdebatte ging es darum, wie tatkräftig diese Regierung ist. Sie haben ein Beispiel gewählt, und das Beispiel waren die Ausgangssperren. Sie haben mir dann am Beispiel der Ausgangssperren erklärt, wie tatkräftig diese Landesregierung sei. Dann kommt ein Gericht, nimmt Ihnen dieses Instrument aus der Hand, und Sie stellen sich hin und sagen: „Das hatten wir sowieso vor.“

Herr Ministerpräsident, ich habe eine so hohe Meinung von Ihnen, dass ich mir überhaupt nicht vorstellen kann, dass Sie selbst glauben, was Sie da am heutigen Tag gesagt haben.

(Beifall)

Das Schönste ist: Man kommt mit einem Inzidenzwert von 200 und begründet damit die Ausgangssperren landesweit. Dann sinkt dieser Inzidenzwert auf unter 60 ab. Die Opposition hält Ihnen das vor und sagt: „Eine mit 200 begründete Ausgangssperre kann man bei 60 nicht mehr aufrechterhalten.“ Sie halten sie trotzdem aufrecht. Dann kommt ein Gericht und sammelt es ein, und Sie erklären: „Dann machen wir halt 50.“

Diese Form von Regierungspolitik muss ja in der Bevölkerung als Willkür wahrgenommen werden. Diese Politik untergräbt die Akzeptanz der Coronapolitik, und zwar aller Regierungen.

(Beifall)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, diese Verordnung ist in keiner Weise nachvollziehbar; diese Verordnung gängelt die Bevölkerung. Heben Sie diese Ausgangssperren auf, Herr Ministerpräsident!

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Pfeiffer, Sie hatten sich zu Wort gemeldet. Bitte.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Schon wieder hat ein Gericht eine Corona-Verordnung kassiert. Schon wieder wurde aufgezeigt, dass sich das Selbstverständnis der aktuellen Politik jenseits der Grenzen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats befindet. Sie können mir auch nicht weismachen, dass Sie wirklich eine Rücknahme der Ausgangsbeschränkungen im Sinn hatten. Das ist unglaublich. Herr Rülke hat es gerade schon angesprochen. Ich erspare mir hier eine Wiederholung.

Wir leben in einem Zustand, in dem Bürger über den Klageweg ihre Grundrechte einklagen müssen. Aber Freiheits- und Grundrechte sind kein Gnadenbrot der Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

„Ich habe Angst um unsere Grundrechte. Ich bin besorgt.“, schrieb kürzlich Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“.

Der Staatsrechtler Hans-Jürgen Papier bemerkte:

Die Politik ist auch dem Freiheitsschutz der Bürger verpflichtet. Die Menschen in diesem Land sind keine Untertanen.

Auch Hinnerk Wißmann, Professor für Staatsrecht, wies kritisch auf das auf den Kopf gestellte Selbstverständnis der aktuellen Politik hin:

Nicht die Maßnahmen müssen sich rechtfertigen, der Begriff der „Vorsorge“ kehrt die Beweislast um. Doch Freiheit, die ihre Ungefährlichkeit beweisen muss, ist abgeschafft.

Nochmals: Grundrechte sind kein Gnadenbrot der Exekutive. Grundrechte sind klassische Freiheitsrechte und somit Abwehrrechte des einzelnen Bürgers gegen den Staat. Mit dieser Intention wurden sie von den Vätern des Grundgesetzes verfasst. Aber es scheint wohl leichter zu sein, zu verbieten und einzusperren, als seine grundlegenden Hausaufgaben zu machen,

(Vereinzelt Beifall)

wie der effektive Schutz der Hochrisikogruppen oder das erfolgreiche Vorantreiben der Impfkampagne. Vielleicht sind für manche von Ihnen Freiheits- und Grundrechte schon zu abstrakt geworden.

Es gibt aber auch ganz konkrete Schäden dieser Politik. Aus gutem Grund mahnte die Kassenärztliche Vereinigung an, dass die Maxime „Rückgang der Fallzahlen um jeden Preis“ katastrophale Folgen hat: dringend nötige medizinische Behandlungen, die ausgefallen sind, Entwicklungsstörungen bei Kindern, Niedergang ganzer Wirtschaftszweige sowie kultureller

Einrichtungen und soziale Schief lagen. Und die Landesregierung räumt faktisch ein, dass sie keine Mittel hat, um diese Gesichtspunkte irgendwie metrisch zu erfassen.

Boris Palmer wies auf eine Stanford-Studie hin, wonach ein harter Dauer-Lockdown mehr Leben kostet, als er schützt. Übrigens hat der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen schon im April Ähnliches aus Modellstudien abgeleitet.

Wie kann eine Lösung aussehen? Klaus Stöhr, Virologe, ehemaliger Leiter des globalen Influenzaprogramms und SARS-Forschungskordinator der WHO, gibt zu bedenken, dass man mit 25 000 Fällen pro Tag und Inzidenzwerten zwischen 100 und 120 umgehen könne.

Wir brauchen also erstens ein bundeseinheitliches Ampelsystem, das sich an solchen Erkenntnissen orientiert. Zweitens können wir von erfolgreicher lokaler Politik – z. B. in Tübingen – lernen. Drittens: Setzen Sie auf Gebote statt auf Verbote, auf Eigenverantwortung anstelle von Bevormundung. Schützen Sie die Risikogruppen, anstatt ein gesamtes Volk wegzusperren und so eine traumatisierte Gesellschaft zu hinterlassen.

Danke fürs Zuhören.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Sehr gute Rede!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es liegen jetzt keine – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Doch, doch!)

– Wie konnte ich Sie übersehen, Herr Abg. Dr. Fiechtner? – Bitte schön.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist mein Schicksal bei Ihnen! – Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielleicht schaffen wir es doch bis zum Ende der Legislaturperiode. – Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Herr Dr. Rülke, Sie müssen jetzt wegen Blasphemie, wegen dieser Beleidigung unseres Landesvaters mindestens sechs Monate in Coronaquarantäne nach St. Blasien, am besten unter der Ägide von Herrn Strobl. Denn wie Sie den Plakaten, die überall hängen, hätten entnehmen können: „Er weiß, was wir können.“ Er weiß, was gut ist.

Herr Kretschmann, darf ich „Heiland“ zu Ihnen sagen?

(Zuruf: Jetzt hör’ aber auf!)

Ein Denkmal steht ja auch schon – ein paar Meter weiter, eine Skulptur, in der der Landesvater dasteht, mit seinen Medusen Merkel und Strobl um ihn herum.

Ja, so wird eine Hagiografie geschaffen – ganz im Stil totalitärer Diktaturen.

(Oh-Rufe)

Wir kennen es aus Nordkorea, wir kennen es aus der Sowjetunion, wir kennen es von verschiedenen anderen totalitären, diktatorischen Systemen, dass dem jeweiligen Herrscher bereits zu Lebzeiten eine solche Ehrerbietung erbracht wurde.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Bei dieser ganzen Darlegung der Foltermaßnahmen für die Menschen in unserem Land wird natürlich geflissentlich unterschlagen, was man hätte wissen können. Das bezieht sich z. B. auf die Rolle des PCR-Tests, die von der WHO ja bereits im Januar infrage gestellt wurde und die die Grundlage ist für die sogenannten Inzidenzwerte, für die Zuschreibung von Infektionen und für alle Maßnahmen, die dann erfolgen – bis hin zum Lockdown, Shutdown, und zur Quarantäne.

Was man geflissentlich unterschlagen hat, sind die Ergebnisse einer groß angelegten Studie von John Ioannidis zum Thema Lockdown und auch die Darlegungen der WHO selbst. Diese besagen klar und deutlich, dass ein Lockdown schädlich und nicht nützlich ist, weil er die Wirtschaft schädigt und eben keinerlei Effekte auf die Pandemie oder die Ausbreitung von irgendwelchen Viren hat.

Trotzdem macht man weiter so. Man spricht von den Toten durch Corona. Man unterschlägt aber den Hinweis auf die vielen Toten nach Impfungen. Und man geht in eine Jammerattitüde und behauptet, man hätte Interesse am Leben der Menschen und daran, dass sie nicht an Corona sterben würden. Dabei unterschlägt man aber den Hinweis auf die vielen, die aufgrund der Coronamaßnahmen ihr Leben lassen müssen und in die Pleite getrieben werden.

So wird dann also der Lockdown verlängert, am besten noch bis zum 14. März. Da ist ja die Wahl. Herr Kretschmann fordert auf seinen Plakaten ja auch zur Briefwahl auf – ganz im Stil von Joe Biden. Da kann man nämlich ganz toll fälschen

(Oh-Rufe)

und die Ergebnisse in seinem Sinn zurechtrücken.

Gut, dass es noch andere Leute gibt. Herr Held von der SPD hat ja eine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht: Sie möge ihm doch darlegen, welche Überlegungen hinter den nicht medizinischen Maßnahmen stünden, hinter Mundmaske, Abstand, Quarantäne usw. Die Bundesregierung konnte – wie im Übrigen auch die Landesregierung auf meine Anfrage – keine Antwort geben. Zuletzt – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben Ihre Redezeit von zwei Minuten gut überschritten. Ihre Redezeit ist vorbei.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich habe drei Minuten Redezeit, so wurde mir gesagt.

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein. Ihre Redezeit ist vorbei.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Fragen Sie Herrn Frieß. Ich habe drei Minuten Redezeit. – Herr Seehofer – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Mir wird angezeigt, dass Sie Ihre Redezeit um 30 Sekunden überschritten haben. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Seehofer wurde jetzt durch DIE WELT enttarnt: Im März hat er Horrorvisionen von Wissenschaftlern bestellt, um sogenannte pro-

tektive, aber vor allem repressive Maßnahmen begründen zu können. Gekaufte Wissenschaft im Dienste einer repressiven, antidemokratischen, rechtswidrigen, totalitären Regierung. Das kann so nicht sein. Ich hoffe, dass die Mutante aus Spai- chingen oder die Mutante aus Hamburg, Frau Merkel, möglichst bald behandelt werden können, sodass das Volk einer Gesundung entgegengehen kann.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt sind die drei Minuten vorbei. – Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kretschmann, Sie glauben, Sie betreiben hier Hochkultur der Demokratie, wenn Sie uns immer nach Ihren Sitzungen mit der Kanzlerin und den anderen Ministerpräsidenten einbestellen. Das hat aber mit Demokratie nichts zu tun. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, das Parlament müsse darüber beschließen. Deswegen sollten Sie das Parlament vorher einladen.

Gerade so eine Sache wie eine Ausgangssperre, Herr Kretschmann, ist eine Einschränkung von Grundrechten, die von einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments beschlossen werden muss und nicht von einem Ministerpräsidenten im Alleingang. Wer so handelt, meine Damen und Herren, handelt putschistisch.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Putschistisch, genau!)

Das ist ein Verbrechen gegen die Demokratie, meine Damen und Herren. Irgendwann werden Sie sich dafür noch verantworten müssen, Herr Kretschmann.

Die Maßnahmen kann man nicht für sich nehmen. Sie hängen immer davon ab, gegen was sie gerichtet sind. Hätten wir hier Ebola, die Vogelgrippe oder die Pest, dann würde ich die Maßnahmen mittragen. Aber wir haben es mit dem Coronavirus zu tun, und das ist nicht das Monstervirus, zu dem es gemacht wird. Um es dazu zu machen, verfälschen Sie ständig die Zahlen, präsentieren Sie das Ganze demagogisch.

Ich will auf etwas eingehen, woran wir uns schon so gewöhnt haben, dass wir gar nicht mehr merken, dass es eine kapitale Lüge ist, nämlich auf den Begriff „Coronatote“. Sie sagen, es gebe 60 000 Coronatote. Diese gibt es mitnichten. Hier gibt es vielleicht 10 000 oder 15 000 Coronatote,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Noch nicht mal!)

also Menschen, die an Corona gestorben sind. Wenn Sie diejenigen dazuzählen, die mit Corona gestorben sind, dann ist es ein Betrugsmanöver der besonderen Art. Wer mit Corona gestorben ist, der ist nicht an Corona gestorben und kann nicht als Coronatoter gezählt werden.

Meine Damen und Herren, es heißt, Frau Merkel habe keine Strategie. Das stimmt nicht. Sie tut nur so. Sie hat eine Strategie. Sie will den Lockdown. Das ist ihre Strategie. Sie braucht ihn für den Wahlkampf oder für sonst irgendetwas. Deswegen geht man so vor, dass man die Maßnahmen nicht von der Infektionslage abhängig macht, sondern umgekehrt, nämlich dass man sich die Infektionslage so zurechtrechnet, dass die Maßnahmen dazu passen. Das ist die Politik, die dahinter-

(Dr. Wolfgang Gedeon)

steckt. Das ist eine Strategie, und zwar eine infernalische Strategie, die auf der Dummheit und der Gutmütigkeit der Bevölkerung basiert.

Sie sollten sich aber nicht vertun. Es könnte sein, dass die Bevölkerung nicht so dumm ist und das doch noch merkt. Dann könnten die „Daumenschrauben“ und die „brachiale“ Gewalt, die Sie den Menschen androhen, ganz anders aussehen, nämlich dass die Bevölkerung irgendwann einmal auf die Idee kommt, solche Mittel einzusetzen. Ich weiß nicht, wie das dann aussieht. Aber sagen Sie dann nicht, Sie seien nicht gewarnt worden.

Es geht jetzt darum, meine Damen und Herren, einen großen Befreiungsschlag zu machen. Eine Ausstiegsstrategie reicht nicht. Das ist Korinthenkackerei: Erst dürfen die Sechsjährigen, dann die Zwölfjährigen in die Schule, dann öffnen die Friseursalons usw.

Wir brauchen den großen Befreiungsschlag jetzt und sofort. Wir können 90 % der Maßnahmen ersatzlos streichen. Im Nahverkehr und bei Großveranstaltungen bedarf es eventuell noch gewisser Einschränkungen. Aber alles andere muss weg. Wenn das nicht gemacht wird, ist das nicht zu verantworten. Dann ist das eine antidemokratische Politik gegen das Volk.

(Vereinzelt Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu den Entschließungsanträgen, die ich jetzt zur Abstimmung stelle.

Ich beginne mit dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9932. Ich schlage Ihnen vor, dass wir über den Antrag mit den Abschnitten I und II insgesamt abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt dem genannten Antrag zu? –

(Zuruf: Das waren wenige!)

Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen mehrheitlich zugestimmt.

Ich komme jetzt zu dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/9933. Auch hier würde ich über die Abschnitte I und II gemeinsam abstimmen lassen. – Sie sind einverstanden. Wer stimmt dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9934, abstimmen. Auch dieser Antrag enthält die Abschnitte I und II. Kann ich über diese gemeinsam abstimmen lassen? – Danke schön. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun unter Buchstabe b zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/9930. Wer dieser Verordnung gemäß § 2 Absatz 5 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Verordnung mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben damit den heutigen Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim“ – Drucksache 16/9921

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht erst seit Corona wissen wir, dass die Länder wichtig und bedeutend sind. Ja, sie sind Staaten. Deswegen müssen sie bisweilen auch Staatsverträge abschließen.

In diesem Fall geht es um einen Staatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Bayern zur Legitimation eines Planfeststellungsverfahrens an der Nordgrenze Baden-Württembergs entlang des Mains. Dies ist ein wichtiger formaler Akt. Ohne diesen können wir dort nicht gemeinsam mit Bayern Verkehrsprojekte durchführen.

Übrigens sind dies nicht die einzigen Verkehrsprojekte. Wir haben z. B. erst in dieser Woche das gemeinsame Projekt mit Bayern in Sachen Regio-S-Bahn Donau-Iller zur Förderung nach dem GVFG angemeldet. Es gibt die grenzüberschreitende S-Bahn von Nürnberg nach Crailsheim. Und auch die Südbahn endet nicht in Baden-Württemberg, sondern sie führt weiter bis nach Bayern, nach Lindau.

Hier handelt es sich um eine Ortsumfahrung und um die Verlegung der Landesstraße 2310 neu und der Staatsstraße 2315 bei Collenberg. Dazu gehört auch eine Mainbrücke. Da die Projekte in Baden-Württemberg und Bayern gemeinsam durchgeführt werden und nur zusammen Sinn machen, bedarf es einer großen Abstimmung und auf Wunsch der Bayerischen Staatsregierung eines Staatsvertrags.

Es ist nicht zwingend, dass man so etwas immer in Form eines Staatsvertrags macht, es gibt auch andere Formen der vertraglichen Lösung. In diesem Fall hat Bayern darauf bestanden, weil der größere Teil der Maßnahmen und Kosten bei Bayern liegt.

Hinzu kommt noch eine Ersatzbrücke von Wertheim nach Kreuzwertheim.

Insgesamt ist es für die Region wichtig, dass dies gemacht wird. Es ist auch wichtig, dass wir uns über die Staatsgrenzen hinweg verständigen. Wir müssen die Brücke zwischen Wertheim und Kreuzwertheim neu bauen, weil sie nicht mehr sanierungsfähig ist. Wir brauchen dort also einen Ersatzneubau. Wir müssen die Ortsdurchfahrt Kirschfurt und den Ortskern Freudenberg durch die Ortsumfahrung entlasten. Da gibt es

(Minister Winfried Hermann)

eine hohe Belastung, und deswegen machen wir das gern zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Es wurde bereits im Vorfeld vereinbart, dass Bayern die Federführung übernimmt und dass deswegen auch nach bayerischem Verfahrensrecht verfahren werden muss. Das führt dazu, dass wir Baden-Württemberger – großzügig, wie wir sind – in diesem speziellen Fall zulassen, dass bayerisches Recht angewendet wird, obwohl zum Teil auf baden-württembergischem Boden gebaut wird. Aber wir sind kooperativ.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Kollege Reinhart hat sich – es ist sein Wahlkreis – sehr dafür eingesetzt, dass das Thema heute noch auf die Tagesordnung kommt. Wir haben das stets und gern unterstützt; denn wir wollen da ja vorankommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wolfgang, kein Wahlkampf!)

Also wird die Regierung von Unterfranken die Federführung bei der Planfeststellung haben; zuvor wird sie natürlich auch die Planungsarbeiten vornehmen. Dabei unterstützen Sie das Ganze, wenn Sie jetzt diesem Gesetzentwurf zustimmen. Dies ermöglicht die Ratifizierung und die Inkraftsetzung des Staatsvertrags.

Wenn Sie das tun und der Bayerische Landtag ebenfalls so verfährt, dann können wir loslegen. Wir wollen auch gleich loslegen; denn dann werden die Orte sich freuen, dass sie alsbald zwei neue Brücken bekommen und dazu eine Ortsumfahrung.

Ich bitte um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, für die Aussprache haben sich die Fraktionen auf eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion geeinigt.

Zuerst spricht jetzt Herr Abg. Katzenstein für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Udo Stein AfD: Brücke mit Fahrradstreifen! – Abg. Anton Baron AfD: Herr Katzenstein möchte noch einen Fahrradweg dazu! – Weitere Zurufe)

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal kann der Neubau von Ortsumfahrungsstraßen oder von Brücken sogar sinnvoll sein –

(Zurufe)

selbst dann, wenn die Bayern das für uns tun, wie es hier der Fall ist.

Herr Minister Hermann hat bereits eingeführt: Es geht um zwei Mainbrücken im Main-Tauber-Kreis. Die zwischen Wertheim und dem bayerischen Kreuzwertheim liegende Brücke

soll nur erneuert werden; wichtiger ist, wie ich finde, der Neubau der Brücke zwischen dem baden-württembergischen Freudenberg und dem bayerischen Kirschfurt.

(Zurufe)

Der historische Ort Freudenberg hat eine extrem enge Hauptstraße, durch die sich täglich Tausende Pkws und vor allem auch eine große Zahl von Lkws quälen. Der Ort hat einerseits das Glück, dass er einen großen Gewerbebetrieb – ein Möbelhersteller – am Ortsrand hat; andererseits bringt das den Nachteil mit sich, dass der Schwerverkehrsanteil sehr hoch ist. Ich war mehrfach vor Ort und kenne die Situation ziemlich gut. Sie ist für die Menschen, die an der Hauptstraße wohnen, unerträglich.

(Zurufe)

Der Durchbruch kam dann im letzten Februar. Ich hatte Herrn Landrat Scherf aus Miltenberg in Bayern und unseren Ministerialdirektor Herrn Dr. Lahl aus dem Verkehrsministerium zu einem Ortstermin gebeten. Zusammen mit Herrn Bürgermeister Henning aus Freudenberg und weiteren Akteuren haben wir die Angelegenheit besprochen und haben vor allem Herrn Lahl die Situation gezeigt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Diese Brücke wird die Menschen im Ort entlasten. Es wird weniger Lärm geben, weniger Erschütterungen und weniger Schadstoffe. Das Leben kann nach Freudenberg zurückkehren.

(Zurufe)

Nach diesem Ortstermin ging es dann relativ schnell. Das Verkehrsministerium hat alles unternommen, um das parlamentarische Verfahren einzuleiten. Ich danke auch dem Präsidium des Landtags, dass wir die Angelegenheit noch kurzfristig in dieser Legislaturperiode behandeln und abschließen können. Ich danke den beiden Arbeitskreisen, sowohl dem von der CDU als auch unserem, für die unkomplizierte und schnelle Freigabe der entsprechenden Kabinettsvorlage, und ich danke auch den Naturschutzverbänden, die mit der verkürzten Anhörungsfrist einverstanden waren. Ebenso danke ich natürlich für sein starkes Engagement Herrn Landrat Scherf aus Miltenberg.

Warum wir nun einen Staatsvertrag brauchen, hat Herr Minister Hermann dargelegt. Daher kann ich nun zum Ende kommen und meinerseits ebenfalls um Ihre Zustimmung bitten.

Vielen Dank.

(Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das alles ohne Petition! Hervorragend! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Reinhart, nun haben Sie gleich das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh, oh! Jetzt kommt der Wahlkreisabgeordnete! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt kein Wahlkampf! – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Kein Wahlkampf! – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Rülke, kein Wahlkampf, aber es war deshalb dringlich, weil ansonsten diese Maßnahme der Diskontinuität unterfallen wäre.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wäre schlecht gewesen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Wie kann so was passieren?)

Insoweit bedanke ich mich zum einen bei der Landesregierung, auch beim Verkehrsminister, darüber hinaus heute auch ausdrücklich beim Ministerpräsidenten von Bayern, Markus Söder, mit dem ich persönlich gesprochen habe.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a.: Oh! – Ah!)

Er hat dieses Projekt kurzfristig auf die Tagesordnung seiner Kabinettsitzung genommen.

Ich will hier dem Kollegen Katzenstein sagen: Wir kennen ja das Lied „Über sieben Brücken musst du gehn“. Hier müsste es „Über fast sieben Jahrzehnte musst du gehen“ heißen; denn die Maßnahme wurde das erste Mal im Jahr 1957 angedacht.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: So alt ist der Katzenstein noch nicht! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken. Wir hatten in der Tat zahlreiche Vor-Ort-Termine – mit dem Verkehrsministerium, auch, Kollege Hermann, mit dem Ministerialdirektor aus Ihrem Haus, aber auch mit den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung. Wir sind jetzt Gott sei Dank so weit.

Übrigens, Kollege Katzenstein: Ich gehe davon aus, dass man über die beiden Brücken auch mit dem Fahrrad fahren kann und nicht nur mit dem Auto.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Insoweit will ich aber schon sagen – es ist wichtig, in der Tat zu Recht angesprochen –: Der Schwerlastverkehr ist in Freudenberg seit Jahrzehnten unerträglich. In Wertheim ist der Ersatzneubau schlichtweg deshalb nötig, weil die Sanierung der Brücke überhaupt nicht mehr möglich ist. Der Bund muss die Maßnahme auch mittragen, da der Main eine Wasserstraße ist. Der Main trennt zwar die Bundesländer, aber Brücken verbinden die Bundesländer und damit auch die Bürgerinnen und Bürger.

Mit dieser Beratung heute gilt das Sprichwort: Was lange währt, wird endlich gut.

Es ist ein wichtiger Meilenstein für die Straßenverkehrsprojekte vor Ort – sowohl in Freudenberg als auch in Wertheim.

Ich denke, es ist gut, dass der Weg für den Neubau dieser Mainbrücke und den Ersatzneubau der Mainbrücke Wertheim–Kreuzwertheim mit dem Abschluss eines Staatsvertrags gewählt wurde, welcher vom Parlament akzeptiert und genehmigt werden muss. Somit ist der Weg frei für ein Planfeststellungsverfahren.

Der Freistaat Bayern wird in der Tat die Planung übernehmen. Die Freudenberger Brückenbaumaßnahme belastet haushalterisch in der Tat zu zwei Dritteln den Freistaat und zu einem Drittel uns. Es ist ein Neubau. Es geht dort vor allem darum,

dass man vorankommt. Die Menschen haben diesen lang gehegten Wunsch, vor allem auch die Anrainerkommunen. Es ist ein Nadelöhr.

Insoweit bin ich überzeugt davon, dass jetzt, nachdem die Regierungen einig sind, der Leidensdruck zu Ende geht. Es gibt eine Win-win-Situation vor Ort. Daher haben die Bemühungen, denke ich, auch ihren Erfolg. Von diesem Aspekt her sind wir froh und dankbar, dass heute der Weg für den Staatsvertrag geebnet wird.

Ich bedanke mich bei der Landesregierung, beim Parlament, beim Ausschuss und beim Präsidium für die Flexibilität, dass alles rasch auf die Tagesordnung genommen werden konnte. Ansonsten hätte das Ganze in der kommenden Wahlperiode völlig neu begonnen werden müssen.

Hoffen wir, dass es zügig vorangeht. Die Maßnahme ist ein wichtiger Beitrag für die Infrastruktur, für die Verbindung von Bayern und Baden-Württemberg, aber vor allem für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Lebensadern in diesem Land.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU: Mir fallen auch schon die Namen von den beiden Brücken ein! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Zimmermann und Karl! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Über den Main der Reinhart! – Heiterkeit – Gegenrufe, u. a. Abg. Sascha Binder SPD: Daran hat er selbst auch schon gedacht!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Kollege Rivoir, Sie haben das Wort.

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Fraktionsvorsitzender Reinhart, uns beide verbindet ja mindestens eine Sache, nämlich die Außengrenze nach Bayern. Mir geht es in Ulm auch so, dass ich sozusagen in meiner Heimatstadt an der Außengrenze wohne.

(Zurufe)

Ich weiß deswegen auch, wie wichtig das Thema ist. Es ist sowieso ein Thema der Sozialdemokratie, Brücken zu bauen,

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

diese zu erhalten und zu erneuern.

(Beifall – Zurufe, u. a. Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Und die Christdemokraten verlangen den Zoll, gell?)

Deswegen gehen wir jetzt gern in den Prozess, der jetzt noch zum Schluss dieser Legislaturperiode etwas überhastet auf uns zukommt. Aber ein Konsensthema, welches hier vorliegt, kann man dann auch einmal schnell behandeln.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Da haben wir uns alle lieb!)

Herr Kollege Reinhart, Sie sind ein mächtiger Fraktionsvorsitzender. Mich wundert aber, dass es so lange gedauert hat, bis diese Brücke gekommen ist.

(Heiterkeit – Beifall)

(Martin Rivoir)

Dem Kollegen Katzenstein will ich sagen: Die Verbindungsbrücke Wertheim–Kreuzwertheim ist nicht irgendeine Brücke, sondern für die Region ist das die zentrale Lebensader.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Natürlich!)

Sie haben das etwas verniedlichend dargestellt.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt in das Verfahren gehen.

Auch in Ulm soll demnächst eine Brücke nach Neu-Ulm, also nach Bayern, gebaut werden. Dazu braucht es keinen Staatsvertrag. Es fragt sich, ob es an den agierenden Personen liegt, dass hier unbedingt einer notwendig ist. Das kann man aber vielleicht in der Zweiten Beratung noch beleuchten.

Wie auch immer: Wir stimmen zu. Wir sind froh, dass es hier zum Ende der Legislaturperiode noch ein so schönes Konsensthema zu beraten gibt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In diesem Sinn wird der Gesetzentwurf jetzt zunächst im Ausschuss, dann nochmals hier behandelt, und dann wird alles gut.

Danke schön.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Als Nächsten rufe ich Herrn Abg. Baron auf.

Abg. Anton Baron AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Angelegenheit, zu der ich heute sprechen darf, ist denkbar unspektakulär. Es geht um den Neubau zweier Mainbrücken bei Wertheim und Freudenberg in meinem Nachbarwahlkreis, also an Stellen, an denen der Main Grenzfluss zwischen Bayern und Baden-Württemberg ist. Beide Brücken sind wichtig für die Region. Das ist auch in allen Wortbeiträgen deutlich geworden. Aufgrund einer überalterten Bausubstanz kommt der Neubau eher zu spät als zu früh.

Bei der Wertheimer Brücke hätte es eigentlich bereits 2020 losgehen sollen. Das wurde noch im letzten Jahr auf den März 2021 terminiert. Es darf bezweifelt werden, dass aus diesem Datum etwas wird.

Ebenfalls zu kritisieren ist die Tatsache, dass in dem Gesetzentwurf bzw. dem Staatsvertrag nicht die Rede von der Kostenaufteilung ist – auch nicht in den erklärenden Begleittexten. Sieht so Kostentransparenz gegenüber der Bevölkerung aus?

Immerhin war der Medienberichterstattung aus Bayern zu entnehmen, dass die dortige Stelle die Planungshoheit und zumindest im Fall der Wertheimer Brücke auch 67 %, also etwa zwei Drittel der Kosten übernimmt. Beides sind gute Nachrichten. Da die bayerischen Gemeinden stärker auf eine gute Anbindung an das Mittelzentrum Wertheim angewiesen sind als andersherum, ergibt die Kostenaufteilung für uns auch Sinn.

Dass die bayerische Seite die Planung und den Bau übernimmt, ist hingegen auch aus anderen Gründen sinnvoll. Wirkliche Begeisterung für wichtige Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen konnte man in dieser Landesregierung noch nie erkennen, wie an dem Zustand der Straßen in meinem Wahlkreis und auch in anderen Wahlkreisen unschwer zu erkennen ist. Vielleicht können Sie, Herr Minister Herrmann, in diesem Fall zumindest etwas von der hoffentlich besseren Arbeit der bayerischen Seite lernen.

Die AfD-Fraktion wird dem Gesetzentwurf in diesem Zusammenhang natürlich zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Haußmann, jetzt haben Sie das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss der Legislaturperiode behandeln wir ein Straßenbauprojekt, das Brücken zwischen Bayern und Baden-Württemberg baut. Was kann es Schöneres geben, lieber Herr Reinhart, als hier in großer Einmütigkeit ein wichtiges Straßenbauprojekt sowie für die Städte und Gemeinden Kirschfurt und Freudenberg auch einen wichtigen Meilenstein für weitere Entwicklungen zu behandeln. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion wird sich in dieses wichtige Projekt auch einbringen.

Es gibt hier die Besonderheit des Staatsvertrags. Ein Staatsvertrag ist bei Verkehrsprojekten nicht unbedingt üblich. Es geht hier aber darum, eine wichtige Vereinbarung zu treffen, um ein einheitliches Planfeststellungsverfahren durchführen zu können. Der Staatsvertrag regelt, dass ausschließlich die bayerische Straßenbauverwaltung tätig ist und dass die Vorschriften aus Bayern als Richtlinie herangezogen werden. Es gilt hier auf baden-württembergischem Hoheitsgebiet also ausschließlich bayerisches Recht. Ich denke, diese Vereinbarung kann man für den Bau dieser Brücken treffen.

Ich hätte mir natürlich als VfB-Fan noch gewünscht, dass man vereinbart hätte, dass wenigstens einmal der VfB dann vertragsgemäß gegen Bayern München gewinnen kann. Aber alles können wir nicht vereinbaren.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a. Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die FDP ist doch für freien Wettbewerb!)

In diesem Sinn wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann können wir die Aussprache beenden.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/9921 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Verkehr zu überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen nun zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/9907

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Petitionsausschuss fest. – Das ist so beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen. Sie wissen, dass noch Termine für Sondersitzungen im Raum stehen. Diese kann man jetzt aber noch nicht konkretisieren. Wir werden Sie dann entsprechend baldmöglichst informieren.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:51 Uhr